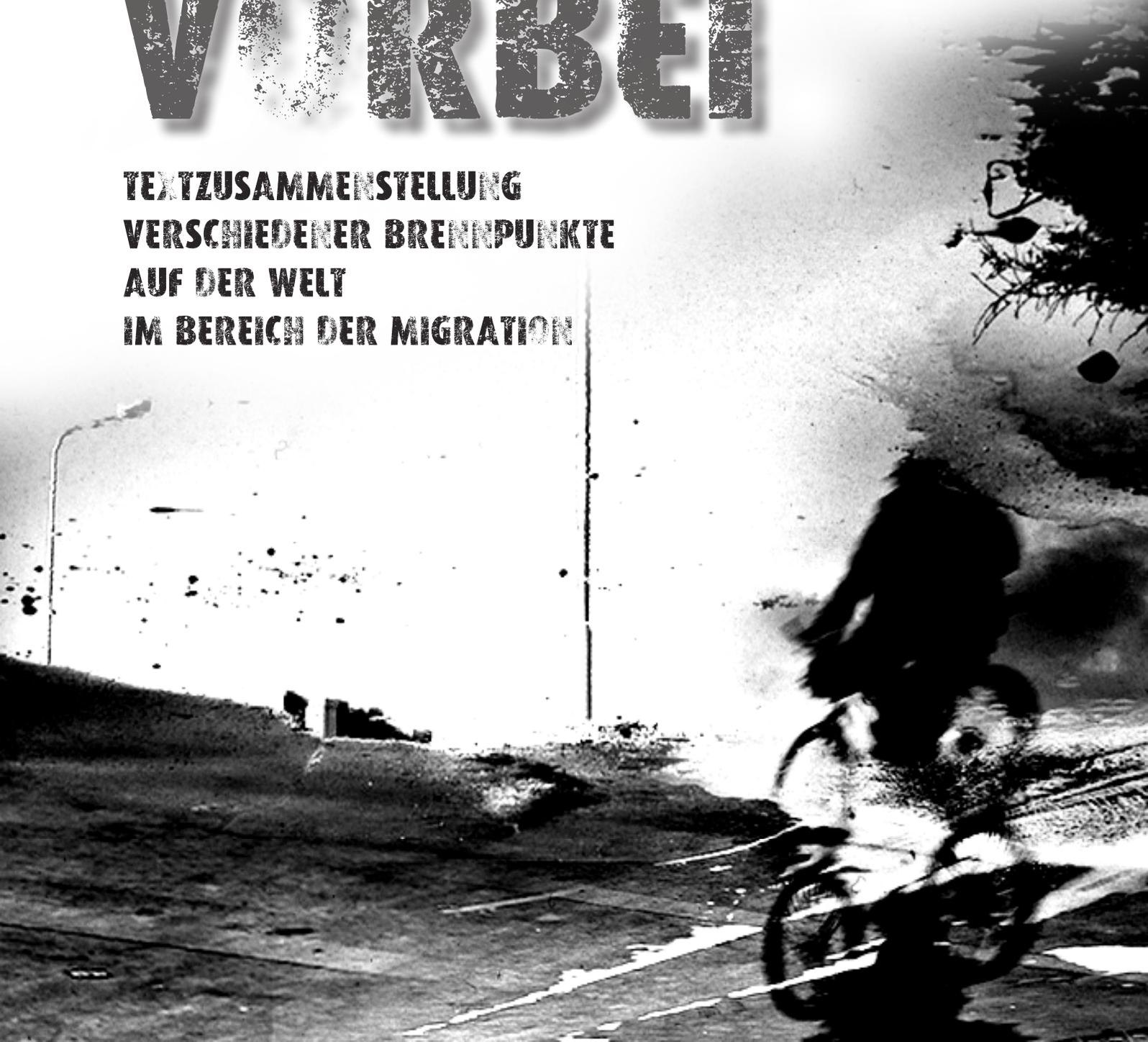


NICHTS IST VORBEI

**TEXTZUSAMMENSTELLUNG
VERSCHIEDENER BRENNPUNKTE
AUF DER WELT
IM BEREICH DER MIGRATION**



Inhaltsverzeichnis

Nichts ist vorbei...

Vorwort	- 4
Zum Herzen gelangen	- 6
Schön, wenn Ausschaffungszentren in Flammen stehen	- 13
Die Bestürmung von Ceuta und Melilla	- 21
Der Kampf gegen die Ausschaffungsgefängnisse im Salento	- 27
An jene, die während des Sturmes nicht drinnen geblieben sind	- 31

Vorwort

Diese Broschüre ist eine Zusammenstellung von Texten und Ereignissen rund um das Thema Migration, die während vergangener Jahre in diversen Ländern Europas und anderswo publiziert und verteilt wurden. Es mag seltsam erscheinen, spezifische Analysen, Kritiken und Ereignisse der Vergangenheit nochmals aufleben zu lassen und sie zusammen in einer Broschüre zu veröffentlichen. Doch auch wenn die Jahreszahlen der jeweiligen Ereignisse längst passé sind und sich in der Zwischenzeit wahrscheinlich so einiges verändert hat, so hat dieses Thema, dieser Brennpunkt nichts an Aktualität verloren – im Gegenteil: Wir schreiben das Jahr 2014 und die Migrationsströme gen Europa sind so gross wie selten zuvor; trotz stetiger Entwicklung neuer Technologien zur Überwachung und Kontrolle der Herrschenden; trotz Militarisierung der Grenzen, Gewässer und Dritt-Staaten – die Entschlossenheit, europäischen Boden zu erreichen, hat mit Sicherheit nicht abgenommen.

Die Notwendigkeit, die Frequenz der Diskussionen über diesen Brennpunkt zu erhöhen, Methoden und Perspektiven auszuarbeiten, um bewusst und reflektiert Position zu beziehen und zu kämpfen, wird durch die täglichen Nachrichten von Neuankömmlingen in Lampedusa, Ceuta und Melilla etc. nur zementiert (im September 2014 sind bereits mehr Migrant_innen in Lampedusa angekommen, als im ganzen Jahr 2013. Die Zahl der Toten wird wie immer verschwiegen). Diese Broschüre soll einen Beitrag dazu leisten. Sie umfasst fünf Artikel mit unterschiedlichen Kontexten - sozial wie geographisch – und ermöglicht ein etwas breiteres Verständnis dieser Thematik. Neben europäischen Brennpunkten wie Belgien, Frankreich, England, Spanien und Italien, wird auch die verheerende Situation in Australien beschrieben – eine Realität, die gerne vergessen wird.

Der **erste Text** *“Zum Herzen gelangen“* versucht im ersten Teil, die verschiedenen Ebenen und Problematiken der Migration und deren Kämpfe aufzuzeigen und in einen Zusammenhang zu stellen; die positive Stigmatisierung des Immigranten durch die Linken; die darauf folgenden Kämpfe mit Forderungen nach einer Regularisierung; die damit verbundenen Interessen des Kapitals nach flexibleren Arbeitskräften und daher neuer Formen der Ausbeutungsverhältnisse; die Ausweitung der sozialen und ökonomischen Verwaltung der Migrationsströme, sowie die Militarisierung der Aussengrenzen gegen alle Unverwertbaren.

Der zweite Teil beginnt mit der Veranschaulichung, anhand eines konkreten Beispiels in Belgien 1998, welche Strategien sich der Staat (gegenüber Aufständen in geschlossenen Zentren) zu Nutze macht, um die Bewegung zu spalten und

somit zu zersetzen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der behandelt wird, ist die immer wiederkehrende Frage der Solidarität. Davon ausgehend, dass „die Solidarität als blosser Unterstützung gewisser sozialer Kategorien, eine Illusion bleibt,“ schlagen die Verfasser_innen eine subversive Projektualität vor, in der „Solidarität eine gegenseitige Anerkennung in den Taten und/oder in den Ideen erfordert.“ Dieser Vorschlag, das Konzept der subversiven Projektualität, also der Wahl eines konkreten Herrschafts-Projekts, einer eigenen Zeitlichkeit und eigenen Methoden (weder Vermittlung noch Forderungen), um darauf aufbauend einen sozialen, selbstbestimmten und konfrontativen Kampf zu entwickeln, muss meiner Meinung nach in Zeiten der globalen Restrukturierung der Herrschaft und der allgemeinen Präkarisierung und Verschärfung mehr diskutiert und angegangen werden. Da dieser Text nur am Rande von einem spezifischen Kampf berichtet, sondern viel eher eine allgemeinere Analyse und Kritik formuliert, steht er am Anfang dieser Broschüre. Er legt einen guten Grundstein, um die darauf folgenden Texte spontaner und/oder geplanter Revolten in Ausschaffungszentren, sowie spezifischer Kämpfe in Europa und anderswo zu verstehen.

Der **zweite Text** *“Schön, wenn Ausschaffungszentren in Flammen stehen“* beschreibt sehr detailliert, wie die abschaulichen Zustände in Ausschaffungszentren in Australien, England, Frankreich und Belgien sind und wie sich die unzähligen Revolten im Innern ereigneten (der Titel dieses Textes ist nicht blosser Pathos). Auf Revolten folgen logischweise immer Weiterentwicklung und Verbesserung der Kontrolle und Überwachung des Staates. Da viele der Ausschaffungszentren durch die Revolten komplett zerstört, oder so beschädigt wurden, dass der Betrieb nicht mehr aufgenommen werden konnte, antworteten die betroffenen Staaten mit neuen, effizienteren und ausgeklügelteren Ausschaffungszentren, gepaart mit neuen, härteren Gesetzen zur Strafverfolgung aufrührerischer Lagerinsassen. Diesem Text liegt weniger die inhaltliche Frage der Perspektive solcher Kämpfe zugrunde, als eher ein genereller Überblick dieses hochexplosiven Pulverfassens.

Der dritte Text *“Die Bestürmung von Ceuta und Melilla“* gibt Aufschluss darüber, wie sich die massenhaften Bestürmungen auf die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko ereigneten und wie sich diese verändert haben. Spanien und Marokko, hinsichtlich dieser Thematik wahrliche Blutsbrüder, erhöhen und testen in diesen beiden Regionen (ausser – und innerhalb des sieben Meter hohen Hochsicherheits-Zauns) permanent ihre neuen Technologie-Gadgets und überlassen dort ihren frustrierten, über alles ergebenden Soldaten grenzenlose Narrenfreiheit – die Hetzjagd ist also eröffnet...

Es ist klar, dass das Ziel der EU nicht die totale Abschottung gegen die „Invasion der Ausländer_innen“, sondern die kontrollierte, dem Arbeitsmarkt stets angepasste Selektion der Migrationsströme ist. Im Fall der beiden Enklaven zeigt sich jedoch deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Migrant_innen nicht in die Kategorie der gesuchten, hochqualifizierten Ausländer_innen fällt, sondern in diejenige der Überflüssigen, der Unverwertbaren.

Der vierte Text *“Der Kampf gegen die Ausschaffungsgefängnisse im Salento“* handelt von einem spezifischen Kampf gegen das Ausschaffungsgefängnis „Regina Pacis“, den Gefährt_innen über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich führten und weiterentwickelten. Das Ziel war die Schliessung dieses Gefängnisses und die Verbreitung anarchistischer Ideen, die den ganzen Ausschaffungs-Apparat fundamental kritisieren und zu zerstören propagieren. Das Ergebnis jahrelanger direkter Initiative und regelmässigen Revolten im Innern, war die Schliessung „Regina Pacis“. Die Folgen dieser Schliessung waren beträchtlich...

Der fünfte und letzte Text *“An jene, die während des Sturmes nicht drinnen geblieben sind“* steht im direkten Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Ausschaffungsgefängnisse im Salento. Er berichtet über den Prozess gegen die Anarchisten von Lecce, die in diesem Kampf aktiv waren und formuliert eine radikale Kritik an den „Centri di Permanenza Temporanea“ (CPT, geschlossene Asylzentren), wie „Regina Pacis“ eines war. Die Notwendigkeit geschlossener Asylzentren und einer generellen Verwaltung von Leben für das Funktionieren einer unterjochten und widerwertigen Gesellschaft wird hier offensichtlich. Dieser solidarische Beitrag erzählt, wie die Anarchisten in diesem Kampf vorgegangen sind, welche Methoden und Mittel sie gewählt haben und wie sie der Staat, aufgrund von neu kreierten Gesetzen wie «subversive Organisation mit terroristischen Zielen», verurteilen konnte.

So wie dieser letzte Beitrag endet, endet auch dieses bescheidene Vorwort:

**In diesen traurigen und sklavenhaften Zeiten, gibt es eine Möglichkeit, die alle anderen enthält:
sich für eine Seite
zu entscheiden.**

ZUM HERZEN GELANGEN

Über die Erpressung der Immigranten



Die Kämpfe rund um das Thema der Immigration wurden in dem letzten Jahrzehnt in diversen Ländern von zahlreichen Gefährten unterstützt. Ob es dabei nun um die Kämpfe der Sans-Papiers für ihre Regularisierung ging, den Kampf für Obdach in den Armenvierteln, den Kampf gegen Razzien auf der Strasse und in den öffentlichen Verkehrsmitteln oder um den Kampf gegen die geschlossenen Zentren. Oft führten diese Kämpfe zu einer Wiederholung der Auswegslosigkeit, zu einem Gefühl der Ohnmacht, was eine mögliche Intervention betrifft.

Auch wenn so etwas wie ein Rezept nicht existiert, scheint es uns doch unumgänglich, mit gewissen Mechanismen zu brechen, die uns schon oft genug dazu gebracht haben, auf aktivistischen Grundlagen ohne Perspektiven zu kämpfen oder gar im Schlepptau autoritärer Gruppen (ob mit oder ohne Papieren) zu agieren. Diese Reflexionen wollen bloss eine Bilanz aus den Konflikterfahrungen ziehen und einige Wege ausarbeiten, um bezüglich der Migration und gegen ihre Verwaltung eine subversive Projektualität zu entwickeln, die uns eigen ist.

Jenseits der Illusionen über «den Immigranten»

Eine klassische Weise des Versuches, den Kontext eines sozialen Konfliktes zu begreifen, um darin zu intervenieren, ist, seine Protagonisten unter die Lupe zu nehmen und sie mehr oder weniger militanten soziologischen Analysen zu unterziehen. Nebst dem, dass dabei hauptsächlich der mysteriösen Frage «wer sind sie?» auf den Grund gegangen wird, anstatt uns selbst zu hinterfragen, was wir denn eigentlich wollen, basieren diese Analysen meistens auf gewissen Dogmen, die sich jeglicher kritischen Reflexion in den Weg stellen.

Während die üblichen linken Erpresser verzweifelt auf der Suche nach irgendeinem politischen Subjekt sind, das sie an den Kopf eines Protestes stellen können, scharen sich viele andere aufrichtig an die Seite der Sans-Papiers. Aber weil sie ihre spezifische Situation isoliert betrachten, ist ihr Antrieb eher die Entrüstung als das Verlangen mit denen zu kämpfen, die von den Verhältnissen betroffen sind, die (wenn es auch nicht ganz dieselben sind) uns doch gemeinsam sind: Die Ausbeutung, die Polizeikontrollen auf der Strasse oder im öffentlichen Verkehr, die selben Lebensbedingungen in den Vierteln, die aufgewertet oder verdrängt werden, sowie die Illegalismen, als Techniken zum Überleben. Doch so manche enden nur zu oft damit, all jene Separationen zu reproduzieren, die der Herrschaft hilfreich sind. Indem man die Gattungsfigur des kämpfenden-Immigranten-Opfers kreiert, der seine spezifischen Eigenschaften besitzt, führt man tatsächlich eine soziologische Mystifizierung ein, die nicht nur jeden gemeinsamen Kampf verhindert, sondern auch den Griff des Staates auf jeden von uns verstärkt. Recht oft sind es nicht zuletzt die libertären oder radikalen Aktivisten (immer wieder bewegt, durch eine gewisse Intuition für das, was zu einem gemeinsamen Streben werden könnte), die ihrerseits diese Pille schlucken, im Namen ihres Bedürfnis nach Kollektivität oder der Autonomie des Kampfes. Als ob der Konflikt durch einen homogenen Block geführt würde und nicht durch Individuen oder potenzielle Komplizen, zumindest gegen eine spezifische Unterdrückung. Die Kampfformen (Selbstorganisation, Verweigerung institutioneller Vermittlung, direkte Aktion) werden plötzlich stark relativiert, wenn es um Sans-Papiers

geht. Einige Klassiker aus der aktivistischen Schmäherei wiederholend, taucht bestimmt jedesmal ein barmherziger Samariter auf, um zu erklären, dass das Zerschlagen von Fenstern einer Flugzeuggesellschaft, die Ausschaffungen ausführt, während einer Demonstration von Sans-Papiers, diese «in Gefahr» bringen soll (sie, die doch tagtäglich der Bullerei trotzen); dass der Kampf gegen die Faschisten (wie die Mitglieder der türkischen Grauen Wölfe), Nationalisten (wie gewisse Flüchtlinge die hier nach dem Zerfall von Ex-Jugoslawien landeten) oder Priester (von jenem, der Sans-Papier in «seiner» Kirche «aufnimmt»), um sie dann wieder hinaus zu werfen, bis hin zu christlichen Vereinigungen, die die niedergrächtigen Arbeiten des Staates übernehmen, so wie Cimade, Caritas International oder das Rote Kreuz) vor den Türen der Sans-Papiers-Kollektive aufhört; dass man ins Gesicht eines französischen oder belgischen Botschafters spucken kann, aber



nicht in jenes eines malinesischen Botschafters, wenn er kommt um einen Streit zu schlichten, der sich gerade zu radikalieren droht (dasselbe gilt für alle linken Politiker, die im Allgemeinen non grata sind, doch in diesem Fall, im Namen der falschen Einheit, die dieser oder jener Chef eines Sans-Papier-Kollektives verlangt, toleriert werden.)

Auch wenn jeder weiss, dass ein Kampf immer vom Bestehenden ausgeht und die initiellen Unterschiede oft bedeutend sind (nehmen wir zum Beispiel die Beziehung zu den Gewerkschaften in den meisten Kämpfen gegen Ausbeutung), so stellt sich für uns bloss die Frage nach deren Überwindung, durch eine subversive Dynamik. Und das wird bestimmt nicht dadurch gelingen, wenn wir akzeptieren uns den verschiedenen autoritären Zwangsjacken zu unterziehen – das Ziel ist schon enthalten in den Mitteln, die man sich aneignet. Das gilt umso mehr, da dieser Relativismus nicht zur Konfrontation innerhalb des Kampfes führt, sondern zu einer Art umgekehrtem Kolonialismus, der die Immigranten durch ein unterstelltes Anders-sein, einmal mehr zu Objekten macht («sie» sind nun mal so). Das Elend dient dieses Mal nicht zur Abschreckung, sondern als Entschuldigung für alle die Kompromisse.

Einer der markantesten Figuren dieses ideologischen Reduktionismus, ist die des «unschuldigen Immigranten», das ewige passive Opfer, das ausgebeutet, gerazzt, verhaftet und darauf hin deportiert wird.

Im Gegenzug zu der täglichen rassistischen Propaganda, die den Immigranten als den sozialen Feind hinstellen will, der die Ursache allen Übels ist (von der Arbeitslosigkeit, der Unsicherheit, bis hin zum Terrorismus), sprechen ihnen letztendlich viele de facto jegliches kriminelle Vermögen ab. Man will sie als dienstwillige Leute darstellen, bettelnd um ihre Integration, in der Hoffnung auf ein etwas weniger verächtliches Plätzchen in der Gesellschaft des Kapitals. So

werden tausende Flüchtlinge zu gutwilligen und somit integrierbaren Opfern umgeformt: Opfer des Krieges, von «natürlichen» Katastrophen und des Elends, von Menschenhändlern und Mietwucherern. Doch es wird vergessen, dass dieser Weg die Individuen auch verändert: sie kreieren Solidarität, Widerstand und Kämpfe, was einigen ermöglicht mit der Passivität die ihnen zugewiesen wird zu brechen.

Wenn sich diese «Unschuldigen» jedoch mit Händen und Füßen gegen das Schicksal wehren, das ihnen

auferlegt wird (wie z.B. bei Revolten in den geschlossenen Zentren, bei Konfrontationen während Razzien, bei unbewilligten Streiks...), dann herrscht Verwunderung und beschämte Stille im Camp der Linken und ihrem demokratischen Antirassismus. Solange sich diese Revolten auf eine kollektive Weise ausdrücken, dann kann man «diese Taten der Verzweiflung» vielleicht noch verstehen, wenn aber ein Gefangener ganz alleine seine Zelle in Brand steckt, dann spricht man von einem «Verrückten», dessen Tat bestimmt nicht Teil des «Kampfes» sei. Man sieht gerne Hungerstreikende in einer Kirche, doch nicht Brandstifter oder Ausbrecher in den geschlossenen Zentren; man versteht die aus dem Fenster des Kommissariats Geschmissenen oder die Ertränkten, aber nicht diejenigen, die sich während einer Razzia der Polizei widersetzen; man hilft gerne den Eltern schulgängiger Kinder aber nicht alleinstehenden Dieben. Denn die Revolte und die rebellierenden Individuen, passen nicht in den soziologischen Rahmen des Immigranten-Opfers, der auf dem guten Gewissen der Aktivisten und mit Hilfe von akademischen Parasiten des Staates, konstruiert worden ist.

Diese Mystifizierung verhindert ein präziseres Begreifen von Migration und der Migrationsströme. Man kann deutlich sehen, dass Migrationen in erster Linie eine Konsequenz des alltäglichen ökonomischen Terrors des Kapitals und des politischen Terrors der örtlichen Regime und ihrer lokalen Bourgeoisie sind, vorallem zu Gunsten der reichen Länder. Trotzdem, es wäre falsch daraus zu schliessen, dass sich die armen Proletarier in die reichsten Länder begeben, sowie es die trikontinentalistischen Chöre behaupten, um

ihr Subjekt des Immigrant-Opfers zu konstruieren. Die Immigranten, denen es gelingt heimlich durch die Pforten Europas einzudringen, sind nämlich nicht zwangsweise die Ärmsten (im Gegensatz zu jenen, die durch die Schwankungen des Marktes und seiner Desaster zu interner Migration zwischen den Städten oder Nachbarländern gezwungen werden). Alleine schon aufgrund der Kosten (finanzieller und menschlicher) einer solchen Reise oder der sozialen und kulturellen Selektion innerhalb der Familie, die jene bestimmt, die einen solchen Schritt unternehmen können.

Wenn wir also versuchen, all das, was jedes Individuum konstituiert und durchdringt zu begreifen, anstatt den Unterschied und das Anders-sein fest zu legen, um eine externe «Unterstützungs»-Position zu rechtfertigen, dann können wir uns auch einer gesamten Komplexität und bestehender Klassenverhältnissen gewahr werden. Dann können wir feststellen, dass die Sans-Papiers-Kollektive auch aus überdiplomierten Universitären und missglückten Politikern bestehen, aus lokalen Ausbeutern, die ihr Geld auf den Rücken anderer ernten,... und auf diese Seite der Welt migrierten, um den Platz einzunehmen, der sie innerhalb des demokratischen Kapitalismus profitieren lässt. Viele Sans-Papiers Gruppen werden auf diese Weise von Personen dominiert, die bereits (soziale, politische oder symbolische) Macht besitzen oder diese anstreben. Dieser Klassenunterschied wird nur selten durch Gefährten, die sich im Kampf mit Sans-Papiers engagieren, ins Bewusstsein gerufen. Die Sprache, eine ebenso unüberwindbare wie unsichtbare Barriere bildend, treibt automatisch die aus den wohlhabenderen Klassen ihres Herkunftslandes stammenden Immigranten, in die Rolle des Sprechers/Vermittlers. Das Schärfen dieser Klassengegensätze innerhalb der Gruppierungen von Sans-Papiers, so wie überall sonst, ist nicht bloss ein Beitrag den die Gefährten liefern können, sondern auch eine der unentbehrlichen Bedingungen, für die Entwicklung wirklicher Solidarität.

Um diese Dynamiken des Kampfes zu begreifen, ist es nötig, auch einige angenehme Illusionen über den Haufen zu werfen. Einzig ein starrköpfiger Determinismus kann tatsächlich behaupten, dass eine gewisse soziale Kondition notwendigerweise auch die Revolte dagegen impliziert. Diese Weise zu argumentieren offerierte zwar die unbestreitbare Gewissheit der Revolution, eine Gewissheit, an der sich lange viele festklammerten, während sie die Perspektive der individuellen Rebellion, die sich zum Aufstand ausbreitet, als abenteuerlich zurückwiesen. Die Kritik eines Determinismus, dessen Scheitern sich in der alten Arbeiterbewegung gezeigt hat, gilt genauso für die Proletarier, die auf diese Seite der Welt migrieren. Viele unter ihnen sehen den Westen als eine Oase, wo man gut leben kann, solange man bereit ist, sich richtig anzustrengen. Ausbeutungsumstände ertragen, die jenen gleichen vor denen man geflüchtet ist, mit Bossen, die manchmal auch die paternalistische Saite einer angeblichen Teilnahme an etwas Gemeinsamen anschlagen; gejagt werden; keine oder wenig Perspektiven haben auf der sozialen Leiter aufzusteigen und einen latenten Rassismus ertragen, der die Unzufriedenheit anderer Ausgebeuteten zu kanalisieren versucht; all dies sind Konfrontationen mit der Realität, die mehr als nur etwas rüde sind. Angesichts der Resignation, die aus diesen

schmerzhaften Konfrontationen entstehen kann, angesichts dem Einschliessen in autoritären Gemeinschaften (die zum Beispiel auf Religion oder Nationalismus basieren), liegt die Perspektive also nicht darin, sich mit allen Sans-Papiers auf eine kategorische Weise zu verbinden, sondern mit denjenigen, die sich weigern ihr Schicksal als Ausgebeutete



zu akzeptieren und den Weg zur Identifikation des Feindes ebnen. Damit sich dem falschen Spiel zwischen kapitalistischem Universalismus und den Partikularismen, ein sozialer Krieg entgegen stellt, indem man sich untereinander erkennen kann; jenseits der Frage nach Papieren und verschiedenen Stufen von Ausbeutung, in einem permanenten Kampf für ein Zusammenleben ohne Meister oder Sklaven. Schliesslich, sollte man sich in diesem Kampf, genauso wie in jedem anderen, nicht erdrücken lassen durch die Last des affektiven Schuldgefühls, durch die Dringlichkeit eine Ausschaffung und ihre möglichen Folgen zu verhindern und vor allem nicht, durch eine Beziehung, die oft auf Absonderung basiert, und nicht auf der geteilten Revolte.

Die Sackgasse der Kämpfe für die Regularisierung

Wir erinnern uns, dass die Jahrhundertwende in mehreren europäischen Ländern¹, von Wellen «massiver» provisorischer Regularisierungen geprägt wurde. Auch wenn der Staat stets seiner eigenen Logik folgt; die Sans-Papiers haben durch ihren Kampf einen Weg bahnen und die Kriterien und den Rhythmus der Regularisierung beeinflussen können. Dasselbe gilt für die «grossen sozialen Gesetze», wovon einige mit Blut erworben wurden, andere den sozialen Frieden erkauften oder schlicht aufgrund der Bedürfnisse des Kapitals, die Arbeitskräfte zu sichern und den inländischen Konsum zu steigern, zuerkannt wurden. Innerhalb der Arbeiterklasse wütete damals schon die Debatte über die Forderungen, die die Bewegung des Kapitals begleiteten oder darauf hinausliefen auf der einen Seite, und den aufständischen Versuchen auf der anderen. Viele Revolutionäre nahmen diese Forderungen nur als Möglichkeit für permanente Agitation an, stets darauf beharrend, dass die soziale Frage nicht innerhalb des kapitalistischen Rahmens gelöst werden kann.



Es ist ein Lager in Paris für 237 afrikanische Familien mit beinahe tausend Kindern. Der Ort ist symbolisch. Eine Promenade über die ein Monument thronet, dass den gestorbenen Afrikanern während der verschiedenen französischen Kriege gedenken soll.



Das Lager begann in der Nacht des 21 Mai 1992:

Zehn Familien wurden dort auf Befehl eines Bürgermeisters, der es nicht mehr ertragen konnte, dass sie vor seinem Gemeindehaus kampierten, per Bus abgesetzt. Mit Hilfe des Afrikanischen tam-tam und dem Fernsehen trafen die vorausgegangenen Familien bald mit anderen zusammen, bevor es schliesslich völlig bekannt gemacht wurde unter dem Druck der Polizei, die jedem den Zugang zur Promenade untersagt, der einen Koffer oder eine Tasche mit sich trägt.

Schliesslich kommt der Botschafter an, begleitet von einem kleinen Tross, in dem auch der Leiter des Kampfes auf der Promenade mitläuft; ein Malinese dem die Kampierenden die Verteidigung ihrer Interessen anvertrauten. Die Leute kommen herbeigeströmt und versammeln sich um den Botschafter. Er spricht zuerst in Bambara und dann in Französisch. Er redet von den Bildern des Lagers, die sie in Mali empfangen, über die dortige Enttäuschung der Leute. Die kampierenden leisten keinen guten Dienst für Mali, sagt er, nun stehe in den Köpfen der Leute, ein Malinese einem Obdachlosen oder Besetzer gleich. Er beschwört sie, jeden Antrag der öffentlichen Macht Frankreichs zu akzeptieren.

Kaso spuckt auf den Boden, aus Missachtung vor diesen kostümierten Funktionären. Der Botschafter sagt einigen Treffen mit Leuten der Promenade zu, diskutiert mit ein paar Polizisten und verzieht sich wieder.

Einige europäische Aktivisten auf der Durchreise schimpften über die Rede des Botschafters und über die Kampierenden, die ihm kommentarlos zuhörten. Nach der Abreise seiner Exzellenz, beginnt das Verwaltungskomitee sich für die tägliche Sitzung zu versammeln. Es ist eine Versammlung unter Männern:

Es wird über alles und nichts geredet, über das Vorankommen und die Verhandlungen, über neue Unterstützer, Besuche bekannter Persönlichkeiten, die folgenden Demonstrationen, etc.

Der malinesische Leiter, der Präsident des Rats der Malinesen in Frankreich, bestimmt über alles, was mit den Medien zu tun hat. Daraus hat er sein Spezialgebiet gemacht. Doch das RFI, das auch in Mali in Echtzeit empfangen wird, ist sein bevorzugtes Medium. Seit der malinesische Diktator gestürzt wurde, hat seine eigene Partei die Gunst der Mehrheit der hiessigen sowie dortigen Malinesen erlangt. Die Zeit ist gekommen sich zu behaupten, um einen wichtigen Posten einzunehmen. Die Wahlen zeichnen sich am Horizont ab und er ist ein tüchtiger junger Mann. Seine französischen Freunde haben ihn in der Nacht, als die Familien auf der Promenade abgeladen wurden, zu dem Lager gebracht. Er arbeitet für einen kommunistischen Bürgermeister und es ist ein kommunistischer Bürgermeister, der die Familien nach Vincennes geworfen hat.

Mamadou Dia, Kaso. Le migrant perpétuel

Vor diesen Regularisierungswellen waren die Staaten im Grunde zwischen zwei entgegengesetzten Logiken zerissen: Einerseits antwortete der immer grössere Zustrom von illegalen Immigranten auf eine reelle Not an flexiblen Arbeitskräften (auf dem Bau, im Gastgewerbe, der Reinigungsbranche und Landwirtschaft) in den Ökonomien der Länder mit alternder Bevölkerung; andererseits kam diese zum Teil verkannte (in neuen Immigrations-Ländern wie in Spanien und Italien) aber vor allem ihrem Wesen nach weniger greifbare Bevölkerung, dem drastischen Willen zur Verwaltung der öffentlichen Ordnung in die Quere. Während dieses Problem schnell aufgehoben wurde - vor allem durch engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Autoritäten (durch Austausch von Diensten zwischen Imams und Kommissaren, sowie der Verteilung von Aufgaben unter den verschiedenen inländischen und ausländischen Mafias, trotz einiger anfänglichen blutigen Spielen, die mit der unvermeidlichen Konkurrenz zu tun hatten), löste man das Problem des Mangels an Arbeitskräften, durch genauere Anpassungen zwischen den Migrationsströmen und dem Arbeitsmarkt. Eine der herrschenden Tendenzen auf europäischer Ebene scheint nach einer präziseren Verwaltung der Migration zu streben, eine, die in Echtzeit

auf den Bedarf an Ausbeutung abgestimmt wird. Diese Form, die Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitsvertrag für die Neuankömmlinge strikt verbindet, fügt sich der Schwarzarbeit als klassische Arbeitsform der Migranten an und wird diese mit der Zeit ersetzen; im Rahmen einer sich auf der ganzen Welt ausbreitenden Reorganisation der präkarierten Lohnarbeit.

Das politische Asyl wurde vom Staat beinahe trocken gelegt, die familiäre Wiedervereinigung und das Erlangen von Bürgerschaft durch Heirat wurde verschärft und die langzeitige Aufenthaltsgenehmigung (sowie die von 10 Jahren in Frankreich) abgeschafft, während andererseits die Regularisierungsanfragen der Zurückgewiesenen, und nun in die Akten Eingeschriebenen, mit eiserner Hand behandelt wurden. Der Staat richtet sich nach dem, was ein Präsident einst als «ausgewählte Migration» umschrieben hat. Wir kehren somit zurück in eine Zeit, wo die Sergeant-Rekrutierer der Bosse, je nach Bedarf, gleich ganze Lastwagen voll mit Migranten aus Dörfern füllten. Die moderne Methode will schlicht eine Rationalisierung dieser Rekrutierung an den Grenzen, durch die Zusammenarbeit zwischen Staat und Arbeitsgebern². Die Arbeitskräfte sind keineswegs dazu

bestimmt zu bleiben oder sesshaft zu werden. Gleichzeitig bauen verschiedene Staaten an den Aussengrenzen Europas Lager für diejenigen, denen nicht die Gunst erwiesen wird, von den neuen Sklavenhändlern ausgewählt zu werden.

Denn da gibt es all die anderen. All jene, denen die Zugangstore verschlossen bleiben und all jene, die weiterhin ankommen. Genau da kommt die erhöhte polizeiliche Rationalisierung des Ausschaffungssystems zum Einsatz, das gegen diejenigen Razzien durchführt, die die Schleusen der Wartezonen überwunden und den Erpressungen der Menschenhändler und anderen Mafias getrotzt haben. Ein System, das weiterhin die Vermehrung der Lager vorantreibt und zu immer massiveren Ausschaffungen, nationalen Quoten und europäischen Charterflügen führt. Niemand macht sich noch Illusionen: Solange die ökonomischen Ursachen bestehen bleiben und aller Dispositive der Welt (wie man sie an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten sieht, wo eine Mauer von 1200km gebaut wird) trotzend, die einzig zur Folge haben, dass die Durchreise teurer wird und sich die Anzahl Toter erhöht, wird die Anzahl der Migranten ohne Papiere weiterhin ansteigen. Einzig durch die Vermehrung der Ausschaffungen wird der Staat den Bereich seiner Gesetze, die einen Landesverweis forcieren, wirklich anwenden können. Aber dies ist hier nicht die Frage, denn das wichtigste Ziel dieser Dispositive ist nicht alle Sans-Papiers auszuschaffen, sondern die gesamten immigrierten Arbeitskräfte zu terrorisieren (sowohl die Regularisierten wie auch diejenigen, die für die immer kürzeren Aufenthaltsgenehmigungen ausgewählt werden), um sie in den selben Ausbeutungsverhältnissen zu halten, vor denen sie geflüchtet sind (eine Art interne Delokalisierung), während nach unten Druck auf die Gesamtheit der Ausbeutungsverhältnisse ausgeübt wird. Darüber hinaus, dient der rassistische Vorwand auch dazu, ein Dispositiv an sozialer Kontrolle zu entfalten, das alle betrifft.

«Je mehr sich der Bürgerkrieg aller gegen alle des Kapitals entwickelt (hauptsächlich zwischen den Armen, mit dem Migranten als Sündenbock nach Wahl), desto grösser ist der Preis, den man für jeden theoretischen und praktischen Verzicht bezahlt.»

Vergessen wir auch nicht, dass sich etwas Wesentliches an der Migration am verändern ist. Der industrielle Kapitalismus versetzte die Arbeitskräfte wie Steine auf einem Spielbrett. Die Logik ist simpel: Hier haben wir zu viele Arbeitskräfte und dort werden sie benötigt. Und war der Bedarf gerade nicht so gross, so wurden andere Aspekte dieser Bevölkerungspolitik herbeigezogen. Doch diese spezifische Form der Migration veränderte sich mit den Restrukturierungen des ökonomischen Systems und durch die Folgen des industriellen Wachstums. So wird man sich bewusst, dass immer weniger von einem Ausgangs- oder Endpunkt die Rede sein kann. Erstere sind durch Hunger, Krieg und Katastrophen verwüstet, während zweitere sich stetig ändern. Migrationen werden immer

öfters zu endlosen Reisen mit verschiedenen Etappen; sie beschränken sich nicht mehr auf die Verschiebung von Punkt A nach Punkt B. Diese neuen Formen der Migration werden nicht alleine durch die Bedürfnisse eines immer flexibleren und anpassungsfähigeren Kapitals festgelegt. Millionen von Menschen, entwurzelt durch die Verwüstung der Orte, an denen sie geboren wurden, schwärmen aus, über die ganze Welt – und werden schonungslos ausgebeutet. Die Verwaltungsdispositive sind deutlich sichtbar: Die humanitären Flüchtlingslager, die Lager an den Grenzen, die Armutsviertel und die Favelas. Über diese neuen Gegebenheiten, scheinen die Kämpfe um Regularisierungen nur wenig Fragen zu stellen...

Die belgische Situation dient als gute Veranschaulichung der gegenwärtigen Sackgasse des Kampfes für Regularisierungen. Als die Spannungen rund um die geschlossenen Zentren sich 1998 zu steigern begannen, verhielt sich der Staat zugleich wie ein Löwe und ein Fuchs. Wie ein Löwe liess er seine Repression gegen die aufständischsten Teile der Bewegung los (Mord an Semira Adamu³, welche in den Zentren hartnäckig gekämpft hat; Hausdurchsuchungen und Festnahmen von Gefährten, welche sich aktiv an diesem Kampf beteiligten). Wie ein Fuchs begann er mit dem anderen Teil der Bewegung über Regularisierung zu verhandeln. Es liegt auf der Hand, dass Regularisierung zu fordern (unabhängig davon, dass es darauf hinausläuft Integration zu fordern), einer gewissen Glaubwürdigkeit bedarf, jene eines anerkannten Gesprächspartners. Auf diese Weise wurde die Bewegung innert kürzester Zeit torpediert. Die Regularisierungen, die einst eine Antwort des Staates auf eine Spannung und Agitation waren, die durch den Bereich der Immigration, die Gesamtheit seiner Politik ins Visier nahm (mit Parolen für die Schliessung aller Lager oder für freie Zirkulation), wurden schnell zum Anziehungspunkt für einen Grossteil der Immigrantengruppen. Anstatt den Staat kämpfend zu Regularisierungen zu zwingen, strömten die Kollektive in die Bresche und begannen einen Dialog, dem Unterhandlungen folgten, sowie ganze Armeen von professionellen Verhandlern und juristischen Scharlatanen, die die Probleme lösen sollten. Mit der Repression auf der einen, und dem Ansetzen eines bürokratischen Dialoges auf der anderen Seite, wurde die Dynamik gebrochen. Und weder die sukzessiven Selbstverstümmelungen (wie die Hungerstreiks ausserhalb der Lager), noch die kriecherischsten Erniedrigungen reichten dazu aus, zu erzwingen, was zur Zeit bis zu einem gewissen Grad eine Reaktion des Staates auf die Bewegungen gewesen war. Eine Reaktion, die stets mit einer Rationalisierung der geschlossenen Zentren und einer strikteren, dem Bedarf der Ökonomie angepassten Aufenthaltsbewilligung einherging (denen der Staat sogar verschiedene Farben gab).

Die aktuelle Situation, mit dem Zyklus von Besetzungen/Hungerstreiks/Ausschaffungen, hat uns in den letzten Jahren in Konflikterfahrungen verstrickt, die nur wenig Überwindungsmöglichkeiten bieten, eine Perspektive zu erreichen, die wir teilen können: Erfahrungen von Selbstorganisation, die weder politische, noch religiöse oder syndikalistische Führer akzeptieren; direkte Aktionen, die es ermöglichen, ein reelles Kräfteverhältnis aufzubauen und den Klassenfeind in all seinen Aspekten zu identifizieren.

Diese Feststellung stellt uns vor die Notwendigkeit und das Verlangen, eine subversive Projektualität zu entwickeln, die von unsern Grundlagen ausgeht und nicht die Verbreiterung der auf Regularisierungsforderungen basierenden Kämpfe anstrebt (die uns täglich ferner scheinen). Diese Projektualität, wird ihre ersten Ankerpunkte in der Revolte finden können, die de facto von denjenigen geteilt wird, die für die Vernichtung der Zentren kämpfen und denjenigen, die, wie die Rebellen von Vincennes oder Steenokkerzeel, die Kritik des Einschliessens in Taten umgesetzt, und ihr Gefängnis in Brand gesteckt haben.

Gegen die Ausschaffungsmaschinerie

Angesichts dieser Schwierigkeiten entstand eine Debatte, die bis heute andauert: Jene der Solidarität. Denn viele Gefährten verteidigen um jeden Preis die Notwendigkeit unserer Präsenz in den Sans-Papiers Gruppen, bis sie sich schliesslich, nach stetigen Rückschlägen, angewidert von jedem derartigen Kampf zurückziehen. Die Beweggründe sind von verschiedenster Art und oft eher geprägt von dem Komfort der Anleitungen ohne Vorstellungskraft oder durch den Bewegungsaktivismus, als von einem wirklichen Verlangen nach Subversion. Auch hier, obwohl der kollektive Charakter einer Aktion für uns kein Kriterium darstellt; wir begreifen das Verlangen gewisser Gefährten, die «Isolation zu durchbrechen». Dennoch bezweifeln wir, ob dies möglich ist, durch die Teilnahme an endlosen Sitzungen mit dutzenden Leuten, eingeschlossen in einer Besetzung oder einem Wohnblock, zusammen mit Sans-Papiers und Linken. Wir bevorzugen eher ein eigenes Projekt zu entwickeln und uns auf unsern eigenen Grundlagen wiederzufinden.

Solange die Solidarität bloss als Unterstützung gewisser sozialer Kategorien verstanden wird, wird sie eine Illusion bleiben. Selbst wenn sie sich radikaleren Methoden bedient, wird sie im Schlepptau eines Konfliktes bleiben, dessen Grundlagen, Praktiken und Perspektiven uns widersprechen. Die einzige Rechtfertigung besteht also in der Absicht, dass man durch die Teilnahme an diesen Konflikten, die Menschen «radikalisieren» könne, da ihre soziale Kondition sie dazu führe, unsere Ideen zu teilen. Falls ein solches Konzept der «Radikalisierung» als eine Missionierungsaufgabe verstanden wird, die beabsichtigt, anderen ihre Ideen zu verfüttern, bleibt sie in derselben sich überall ausbreitenden Sackgasse. Die «Radikalisierung» kann jedoch umgekehrt auch als eine Offenheit gegenüber Anderen innerhalb unserer eigenen Dynamik verstanden werden, wodurch wir die Autonomie unseres Projektes bewahren. Aber dies erfordert, einen Kampf «gemeinsam» zu führen und sowohl auf dem Bereich der Perspektiven wie auch den Methoden voranzukommen, es erfordert, dass bereits eine Basisaffinität besteht, ein erster Bruch, ein grundlegendes Verlangen, das über die gewohnten Forderungen hinaus reicht. Auf diese Weise kann unser Anspruch auf Gegenseitigkeit, Bedeutung erlangen. Anstatt weiterhin auf eine Verbindung zu setzen, die keinen anderen Bestehensgrund hat, als die Fiktion eines politischen Subjektes aufrechtzuerhalten, das, im Namen seines Hauptopfer-Status, das Monopol auf die Gründe und dadurch auch für einen Kampf innehält, bleiben uns

immer viele andere Wege auszukundschaften.

Um etwas deutlicher zu sein, könnte man sagen, dass Solidarität eine gegenseitige Erkennung in den Taten und/oder in den Ideen erfordert. Denn es ist schwierig, mit einem «kämpfenden» Sans-Papier solidarisch zu sein, der seine Regularisierung und die seiner Familie fordert, ohne das geringste Interesse an einer Aussicht auf die Zerstörung der geschlossenen Zentren zu haben. De facto, wird man sich vielleicht wiederfinden können, aber dann auf einer praktischen Ebene: Wir brauchen nicht die Gründe und Perspektiven darzulegen, die jemanden dazu bringen zu revoltieren, um uns zumindest in diesen, unmittelbar gegen die Verantwortlichen des Elends gerichteten Angriffen wieder zu erkennen. Dasselbe gilt für die meisten intermediären Kämpfe: Das Interesse, an einem Konflikt in einer Fabrik teilzunehmen, der auf Lohnforderungen beruht und weder den syndikalistischen Ramen übersteigt, noch den kleinsten Schein direkter Aktion entwickelt, ist sehr beschränkt. Und zwar einfach darum, weil es keine Basis gibt, auf der man sich findet. Wenn hingegen dieselben Arbeiter zur Sabotage übergehen (auch wenn sie dies einzig als Mittel betrachten, um Druck auf die Arbeitgeber auszuüben) oder ihre Delegierten vor die Tür stellen (auch wenn sie das nur tun, weil sie sich schlicht und einfach verraten fühlen), dann eröffnen sich neue gemeinsame Möglichkeiten...

Am nächsten Morgen ging ich früh los um Informationen zu suchen. Die Razzia war noch nicht vorbei; an mehreren Orten hatten jüdische Familien sich verbarrikadiert und weigerten sich, ihre Türe zu öffnen. In dem XIII. Bezirk auf der boulevard de l'Hôpital, wird ein ganzer Häuserblock von der französischen Polizei umstellt. Am Strassenrand standen Lastwagen mit Planen bedeckt; Frauen, Kinder und Männer kamen aus ihren Häusern, begleitet von Polizisten und wurden anschliessend auf diese Lastwagen geladen. Viele versuchten verzweifelt zu diskutieren und wurden dann brutal von der Polizei mitgezerrt; die Frauen stiessen durchdringende Schreie aus, die Kinder weinten. Hinter der Absperrung der Polizei, versammelte sich eine Masse von Neugierigen; einige diskutierten gestikulierend, während andere das Spektakel still betrachteten. Aus den Fenstern der oberen Etagen schrien jüdische Frauen den Massen zu: «Ihr seid alles Feiglinge!». Sie trugen ihre Babies in den Armen und beleidigten die Polizisten und die Bürger, sporten sie an, sich zu wehren. Ihre Gesichter waren verzehrt vor Wut, Angst und Schock. Es gab nichts mehr zu machen; die Polizei führte die Befehle aus, die sie gekriegt hatten, ohne sich ablenken zu lassen.

Auf der boulevard Blanqui spielte sich die selbe Szene ab, doch mit einigen Konfrontationen; kurz aber heftig! Die jüdischen Jugendorganisationen hatten sich in einem grossen Gebäude verbarrikadiert und verteidigten sich, indem sie Flaschen, Steine und Stühle nach den Polizisten warfen, diese drückten die Türen ein und verladen die Widerständigen auf die Lastwagen. Weiss vor Wut, diskutierten die Arbeiter untereinander und beleidigten die Polizisten.

Pavel et Clara Thalmann,

Combats pour la liberté, 1974



Um etwas deutlicher zu sein, könnte man sagen, dass Solidarität eine gegenseitige Erkennung in den Taten und/oder in den Ideen erfordert. Denn es ist schwierig, mit einem «kämpfenden» Sans-Papier solidarisch zu sein, der seine Regularisierung und die seiner Familie fordert, ohne das geringste Interesse an einer Aussicht auf die Zerstörung der geschlossenen Zentren zu haben. De facto, wird man sich vielleicht wiederfinden können, aber dann auf einer praktischen Ebene: Wir brauchen nicht die Gründe und Perspektiven darzulegen, die jemanden dazu bringen zu revoltieren, um uns zumindest in diesen, unmittelbar gegen die Verantwortlichen des Elends gerichteten Angriffen wieder zu erkennen. Dasselbe gilt für die meisten intermediären Kämpfe: Das Interesse, an einem Konflikt in einer Fabrik teilzunehmen, der auf Lohnforderungen beruht und weder den syndikalistischen Ramen übersteigt, noch den kleinsten Schein direkter Aktion entwickelt, ist sehr beschränkt. Und zwar einfach darum, weil es keine Basis gibt, auf der man sich findet. Wenn hingegen dieselben Arbeiter zur Sabotage übergehen (auch wenn sie dies einzig als Mittel betrachten, um Druck auf die Arbeitgeber auszuüben) oder ihre Delegierten vor die Tür stellen (auch wenn sie das nur tun, weil sie sich schlicht und einfach verraten fühlen), dann eröffnen sich neue gemeinsame Möglichkeiten...

Also, anstatt bei immer vagieren Slogans wie «Solidarität mit den Immigrant*innen / im Kampf» (doch welcher Kampf?) stehen zu bleiben, könnten wir mit unseren eigenen Ideen und Methoden eine Projektualität gegen die geschlossenen Zentren entwickeln, die in dem Sinne subversiv ist, da sie die Fundamente dieser Welt

(die Ausbeutung und die Herrschaft) in Frage stellt. Diese Projektualität wird autonom sein und sich durch die revoltierenden Handlungen verstärken, die sich lebhaft aus der allgemeinen Resignation erheben, und eben diese durch sich wiederum verstärken. Nochmals, es existieren keine Rezepte, es ist heute dringend nötig einen Ausweg aus den Sackgassen des mehr oder weniger humanistischen Aktivismus zu finden. Ein Humanismus, der jeglicher radikalen Autonomie einen Dämpfer aufsetzen will. Zu Gunsten einer Bewegung, die nur der Agenda der Macht oder der Logik der einzelnen, vorgeblich rechtmässigen Akteure des Kampfes, folgt. Während es, wie zum Beispiel bei Razzien, die Freiheit aller ist, die auf dem Spiel steht. Es ist vor allem wichtig, stets Perspektiven jenseits der partiellen Ziele, die in diesen intermediären Kämpfen auftauchen, vorzuschlagen. Den Horizont zu erweitern und endlich die Gesamtheit dieser Welt und ihrer Grauen in Frage zu stellen, bedeutet in jedem Fall fähig zu sein, die Frage der Herrschaft und der Ausbeutung aufzuwerfen. Die diffusen Angriffe wären das Herz einer solchen Projektualität; sie bieten nicht nur den Vorteil, die Ohnmacht zu überschreiten – jenes Gefühl angesichts der mit Stacheldraht bespickten Mauern der Lager oder des für eine Razzia aufgestellten Polizei-Dispositivs, das auf die Passivität und Angst der Passanten zählt –; sondern lässt uns vor allem auch und entgegen den Interessen der Macht, eine eigene Zeitlichkeit erschaffen, um durch das vor Augen führen der Dispositive der Ausschaffungsmaschinerie, die sich an jeder Strassenecke finden, allen und jedem, egal zu wievielen, die Möglichkeiten einer realen Handlung aufzuzeigen.

enthusiastische Internationalisten

Noten

1) Spanien: 405'000 im Jahr 2002, 578'000 von 691'000 im Jahr 2005. Italien: 227'000 von 250'000 im Jahr 1998 und danach 634'000 von 705'500 im Jahr 2002. Ungefähr 500'000 im Jahr 2006 in England. Frankreich: 81'000 von 143'000 im Jahr 1998 und darauf folgend 23'000 im Jahr 2004 und 6000 von 21'000 im Jahr 2006.

2) Die nationalen Quoten, die Immigration und Arbeit eng verbinden, bestehen in Italien seit 1998 und in Spanien seit 2002. Beide Länder haben einen grossen Bedarf an Arbeitskräften und haben in den letzten Jahren auch schon zwei grosse Regulierungskampagnen durchgeführt. Um ein Beispiel zu nennen: Italien hat per Dekret für das Jahr 2007 die Ankunft von 252'000 ausländischen Arbeitskräften festgelegt: 4500 Albaner, Tunesier, Marokkaner, 8000 Ägypter, 6500 Moldawier, 3500 Srilankesen, 5000 Philippiner, 3000 Bangladesen, 1500 Nigerianer, 1000 Ghanesen, Algerier und Senegalesen, 500 Süd-Amerikaner italienischer Herkunft und 80'000 Angehörige von Län-

dern, mit denen ein Immigrationsabkommen und Zusammenarbeit besteht (Länder wie Ex-Jugoslawien, Indien, Pakistan, Ukraine...), sowie jeder Immigrant, der die letzten drei Jahre einen festen Arbeitsvertrag besass. Spanien legte die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte für das Jahr 2008 auf 40'000 fest, mit Verträgen von 4 bis 9 Monaten: 16'200 Marokkaner, 12'000 Rumänen, 4000 Bulgarier, 3500 Polen, 3000 Ukrainer, 750 Senegalesen, 270 Philippiner. Auch andere europäische Länder haben bereits von einer solchen Quote Gebrauch gemacht, wie z.B. England und Deutschland (2000 «grüne Karten» für Maximal 5 Jahre im Jahr 2001 für Spezialisten der Informationstechnologie). Andere Länder gehen zu einer Arbeitsgenehmigung über, die in angespanntem Fluss, auf der Anfrage von Betrieben basiert. Wie das in Frankreich die letzte Reform von Cese-da (Richtlinien für Ankunft und Aufenthalt von Fremden und Asylsuchern) und seine Rundbriefe im Jahr 2007 klar bestätigten. Natürlich verhindert dies nicht im geringsten die Einführung von Quoten nach bilateralen

Abkommen, wie die 1000 Aufenthaltsbewilligungen in 108 Berufen für Senegalesen im Jahr 2008. Auch die belgischen Arbeitsbüros in Kongo oder die spanischen Interim-Agenturen in Süd-Amerika seien hier erwähnt.

3) Monatlang entwickelten Gefährten von ausserhalb eine Solidarität mit Samira, die nie damit aufgehört hatte zu kämpfen und andere zu ermutigen dasselbe zu tun. Bei dem vierten Ausschaffungsversuch wurde sie durch die Polizei-Eskorte mit einem Kissen erstickt. (Siehe im Artikel: schön wenn Ausschaffungszentren in Flammen stehen)

SCHOEN, WENN AUSSCHAFFUNGszENTREN IN FLAMMEN STEHEN



Australien

Australien hat vom 27. bis 30. Dezember 2002, eine Welle von Aufständen und Brandstiftungen erlebt, die fünf der sieben geschlossenen Zentren verwüsteten. Dieses Land besitzt, so wie viele andere, eine solide Tradition von Lagern (von englischen Delinquenten die man auf den Inselkontinent der Aborigines ausschaffte, um ihn zu kolonisieren, bis zu den deutschen Kriegsgefangenen die hier durch die Vereinigten Staaten festgehalten wurden). Es bietet die Besonderheit, die Immigranten jahrelang in den gewaltigen Internierungslagern gefangen halten zu können, bis über ihren Fall entschieden wird (oftmals Asylanfragen).

Die Internierungslager

Es war die Labour-Regierung, die 1992 beschloss, alle Asylsuchenden ohne Papiere in Internierungslagern einzusperrern. Momentan vegetieren da fast 3000 Menschen vor sich hin, wovon 600 minderjährig sind. Ein Drittel der Flüchtlinge stammen aus Afghanistan, dem Irak und dem Nahen Osten, der Rest aus Asien. Seit dem September 1997 wurde die Verwaltung der Lager dem Privat-Betrieb namens Australasian Correctonal Management (ACM) übergeben, eine Filiale des amerikanischen Unternehmens Wackenhut, das bereits 55 Gefängnisse in sieben verschiedenen Ländern betreibt. Selbstverständlich haben ihre Angestellten mit der Segnung des australischen Staates, allen Raum ihre Grausamkeit auszuleben. Im Mai 2002 wurde Wackenhut durch die weltweit grösste Firma für private Sicherheit übernommen: Group 4 Falck1. Diese verwaltet vorallem Internierungszentren in England, darunter jenes von Yarl's Wood (nördlich von London), das im Februar 2002 nach einer Revolte in Flammen aufging. Sie besitzt auch das australische Gefängnis von Port Philip (in Melbourne) das

wegen der hohen «Selbstmord»-Rate der Gefangenen regelmässig für Gerede sorgt. Am 23. Dezember 2002, übernahm das Unternehmen den Markt der Internierungslager in Australien für einen Betrag von 100 Millionen Euro pro Jahr, indem er noch niedrigere Preise bot als ACM. Philip Ruddock, der Minister für Immigration, hat sogar präzisiert, dass Group 4 aufgrund ihrer Erfolge «in Sachen Aufstände und Ausbrüche» bezahlt würde.

Denn die Revolten vermehren sich, in dieser Situation des unerträglichen Abwartens ohne Perspektive, der Konzentrationslagermässigen Verhältnisse (Zelte in der Wüste, wie in Woomera, umzäunt mit elektrischem Stacheldraht und abgeschirmt durch Schliesser/Wächter und Kameras), der Folter und fehlender medizinischer Versorgung (wie ein Flüchtling bezeugt, der 15 Tage ohne Verpflegung mit einem gebrochenen Bein ausharren musste). Im Juni 2000 entflohen gegen 700 Flüchtlingen aus dem Lager in Woomera, Curtin und Port Hedland. Sie ziehen richtung Stadtzentrum, um gegen ihre Verhältnisse zu protestieren. Infolge von Demonstrationen, gehen in Woomera vom 25. August an einige Gefangene in den Aufstand, sie schmeissen Steine nach den Wärtern und stecken Gebäude (Esssaal, Schule, Sanitär, «Entspannungsraum») in Brand, darunter auch das Gebäude der Administration. «Am 28. August gebrauchten sie die Baupfähle einer zweiten Umzäunung wie Lanzen gegen die Wärter, während sie versuchten durch die Löcher in der Umzäunung auszubrechen.» Im August 2000 stifteten (grösstenteils) Chinesen einen Aufstand an, bei welchem dreizehn Wärter verletzt werden und durch dessen Verwüstung von hauptsächlich drei Gebäuden, ein Schaden von mehreren Millionen Euro entsteht. Im Januar 2001 griffen gegen 180 Flüchtlinge (grösstenteils aus dem Nahen Osten) die Wärter mit Steinen und eisernen Stangen an und halten das Lager bis zur Intervention der Polizei unter ihrer Kontrolle. Am 27. Februar 2001 fallen 40 Flüchtlinge die Wärter an, um gegen die Ausweisung in den Nahen Osten von dreien von ihnen zu protestieren. Am 3. April 2001 reissen 200 Flüchtlinge des Lagers von Curtin «die innere Umzäunung herunter, machen Löcher hinein, legen Feuer und brennen zwei Fertiggabauten vollständig nieder». So berichtet die Polizei. Im November 2001 bricht aufs Neue ein Aufstand in Woomera aus: Drei Gebäude gehen in Flammen auf. Nebst den individuellen Ausbruchsversuchen und einigen Selbstverbrennungen, gehen im Januar 2002 nach einer Asylverweigerung, ungefähr 350 Flüchtlinge für sechzehn

Tage in Hungerstreik, um zu erreichen, dass das Dossier der Afghanen behandelt wird und, dass sie nach dem Sturz der Taliban nicht zurückgeschickt werden. Fünfzehn unter ihnen haben sich sogar den Mund zugenäht und eine Person wirft sich selbst in den unter hochspannung stehenden Stacheldraht. Die Regierung gibt nach, zumindest dieses eine Mal. Schliesslich ermöglicht, aufgrund der Mobilisierungen vor dem Lager in Woomera, im März 2002, der Angriff auf die Umzäunung von ausserhalb und die Konfrontation zwischen Demonstranten und Ordnungsdiensten die Flucht von 35 Sans-Papiers (15 sind noch immer spurlos verschwunden); am 27. Juni 2002 gelingt es weiteren 50 auszubrechen.

Allerdings ist der Staat während all dem nicht ruhig sitzen geblieben. Am 19. Oktober 2001, sinkt ein Boot vor der Küste Australiens (aber gerade noch in internationalem Gewässer), mit 424 Personen (davon 150 Kinder) an Bord. Australien hat der Harapanindra verweigert an der Küste anzulegen und das Boot zurück nach Indonesien geschickt, woher es kam. Bloss 45 Überlebende können Stunden später von indonesischen Fischern auf diesem lottrigen Kahn von 19.5 m Länge und 4 m Breite noch gerettet werden. Einer der Verantwortlichen der australischen Bundespolizei, Mick Keelty, weigert sich im Namen des «öffentlichen Interesses» auf jegliche Fragen einer angeblichen Untersuchungskommission des Senates zu antworten. Zwei Monate davor, im August 2001, hatte die australische Regierung einen noch feineren Zug gemacht: Nach dem sie dem norwegischen Frachter Tempa mit 460 Afghanen an Bord verweigerte auf australischem Boden (bei der Insel Christmas) anzulegen, wurden sie in den Mikro-Staat Nauru ausgeschafft (wo sie noch immer am warten sind). Eine erste Gruppe von 800 und eine weitere von 400 Asylsuchenden, schickte man dann gleich hinterher. Von diesem Zeitpunkt an, verhindert die australische Kriegsflotte, dass sich Flüchtlingsboote der Küste nähern, was zwei Monate später als unmittelbare Konsequenz, zum Mord an den hunderten von Flüchtlingen auf der Harapanindra führt. Im Moment sitzen ungefähr 2200 Flüchtlinge (Afghanen, Sri-Lankesen und Iraker) in verschiedenen Lagern auf der Insel Nauru (12'000 Bewohner auf 12 km²) fest, dem australischen Alcatraz. Dieses Mikro-Land, gelang zwischen 1919 und 1968 durch die Aushebung von Phosphorminen zu Reichtum, jetzt, wo die Grundstoffe ausgeschöpft sind (kein kultivierbares Land, doch ein Paradies für Fischer), akzeptierte es bereitwillig den Deal mit seinen Nachbarn: Die Erlassung seiner Schulden (ca. 18 Millionen Euro und noch etwas mehr für den Bau der neuen Lager) und das Bezahlen aller Kosten, die für das Betreiben der Lager anfallen. Australien überwies schon 29 Millionen Euro an die Regierungen von Papua-Neu-Guinea (ein anderer Staat, der bereits 1000 Flüchtlinge aus australischen Lagern aufnahm) und Nauru, für den Bau neuer Zentren. Insgesamt beläuft sich das australische Budget auf 170 Millionen, wobei 120 Millionen für jedes der kommenden fünf Jahren vorgesehen sind. Nach der Weigerung von Fidji, stehen die Inseln Kiribati, Palau und die Kokosinseln in Verhandlung. Nebst der Küstenwache setzt die australische Marine fünf Kriegsboote und vier Erkennungsflugzeuge permanent einzig dazu ein, die Boote der Sans-Papiers zu vertreiben. Schliesslich verschärfte die Labour-Partei und die Konservativen im September 2001

die Einwanderungsgesetze: Die Marine darf nun die Boote die in territorialen Gewässern vor Anker liegen, mit Gewalt wegschleppen; illegale Immigranten können im besten Falle, eine Aufenthaltsbewilligung für gerade mal drei Jahre bekommen (somit gibt es keine Hoffnung auf eine definitive Aufenthaltsbewilligung mehr) und die Familienwiedervereinigung wird abgeschafft. Dieses neue Gesetz, die Ausschaffung nach Nauru und das Vertreiben der Harapanindra, zum Preis von 353 Toten, hat dem Premierminister Hohn Howard ermöglicht, am 10. November 2001, zum dritten Mal wiedergewählt zu werden. Der 11. September 2001 oder das Attentat in Bali am 12. Oktober 2002 (192 Tote in einem Nachtclub, davon 88 Australier), haben nur wenig an der rassistischen Kontinuität des australischen Staates verändert. Bis auf eine Ausnahme: Die Regierung verklagt jetzt, dass die Lager Terroristen «beherbergen» und lancierte am 29. Dezember 2002 eine drei monatige Anti-«Terrorismus» Kampagne.

Die schönen Aufstände des Dezembers

Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als in fünf der sieben Lager Aufstände ausbrachen, als die Gefangenen ein Mal mehr beschlossen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Am Freitag dem 27. Dezember bricht im Lager von Baxter ein erster Brand aus, der drei Räume und den sanitären Block des Flügels Red 1 zerstört. Die Flüchtlinge werden in den Flügel Red 2 gebracht. Das Lager von Baxter, das in der Nähe der Stadt Port Augusta im südlichen Australien liegt, ist ein Projekt das am 23. August 2001 gestartet



und ein Jahr später fertiggestellt wurde. Dieses Gebäude, gebaut in abgesperrtem Militärgelände, ist ein Hochsicherheits-Gefängnis mit elektrischem Stacheldraht, 24h Kamerabewachung, Kerker (wo Gefangene gefesselt werden und ein Tuch vor die Augen gebunden bekommen), Schlägen und einem extrem straffen Reglement: Schriftliche Anfragen um sich in dem Lager bewegen zu dürfen, obligate Freundlichkeit etc. «Seit man Woomera mit der Hölle verglichen, gibt es keine Worte mehr um Baxter zu beschreiben», wie ein Gefangener sagte. Am Samstagabend, dem 28. Dezember, stecken drei neue Brandherde, mit Hilfe von Leinen, Möbeln und Vorhängen aus dem Red 2 Flügel, das Gefängnis in Flammen. Dieses Mal wird das Lager fast vollständig zerstört, 64 der 79 Zimmer (17 der 19 Gebäude) werden

verwüstet oder beschädigt. Am nächsten Morgen bricht ein letzter Brand aus um das Werk zu vollenden, er entsteht in dem Speiseraum des Flügels White 2 (wo sich die Gefangenen regroupiert hatten): 17 weitere Zimmer gehen in Flammen auf. Dieses nagelneue Lager, dessen Bau nicht weniger als 22,3 Millionen Euro gekostet hatte, wurde dadurch einer ersten radikalen praktischen Kritik unterzogen, indem es von 215 Gefangenen (55 von ihnen wurden Angeklagt, und ihr Asylantrag wird systematisch verweigert) grösstenteils unbrauchbar gemacht wurde. 11 Flüchtlinge und zwei Wärter mussten aufgrund einer Rauchvergiftung behandelt werden. Erstere wurden teilweise von Wärtern in Anti-Aufruf Ausrüstung dazu gezwungen, in den brennenden Gebäuden zu bleiben. Die erste Reaktion, und voller gutem Wiederaneignungswillen, kam von dem Direktor der Agentur für lokale Entwicklung aus Port Augusta, Andrew Eastick: «Nun, es wird bestimmt ökonomische Folgen nach sich ziehen, obschon es tragisch ist, in solchen Worten zu argumentieren. Aber es ist klar, dass einiges an Wiederaufbauarbeit und Aufräumen nötig sein wird, und der grösste Teil dieser Arbeit wird den Betrieben und den Menschen von hier zufallen.»

Das Lager von Port Hedland (im Osten von Australien), inmitten eines Wohnviertels, wurde auf den Fundamenten der Gebäude erbaut, in denen die alleinstehenden Arbeiter der Minenindustrien aus den 60er Jahren aufgenommen wurden. 1991 wurde es, vorallem aufgrund seiner Nähe zum internationalen Flughafen, zu einem Internierungslager umfunktioniert, was die Deportationen vereinfachte. 2001 wurde das Sicherheitsdispositiv beträchtlich ausgebaut. Zur Zeit des Aufstandes, zählt das Lager 146 Personen, verteilt auf 11 verschiedene Blöcke. Dieser ereignet sich von Sonntag auf Montag den 30. Dezember, in der Nacht nach demjenigen von Baxter. Das Feuer zerstört ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr, ein riesiges Lagerhaus (in welches sie einbrachen) und einen der Zellenblöcke. Mehrere umliegende Häuser müssen aufgrund des Rauches evakuiert werden und zwei Wärter aus dem selben Grund ins Spital eingeliefert werden. 20 Flüchtlinge sitzen dafür auf der Anklagebank. Sofort wurden die Hälfte der 16 Zellen auf der Polizeiwache in South Hedland durch die ACM (die Privat-Firma, die die Lager verwaltet) reserviert, um die ersten Untersuchungen abzuwarten. Was das finanzielle betrifft: Die Schäden waren noch höher als in Baxter (ungefähr 1,7 Millionen Euro).

Nach jenem im Hochsicherheitslager in Baxter und jenem in Port Hedland, bricht in Woomera (ebenfalls im Süden von Australien) der dritte Aufstand aus. Laut dem Minister für Immigration, richteten die gesamten Aufstände in den Internierungslagern während der letzten 18 Monaten, bereits einen Schaden von 2,8 Millionen Euro an, wovon $\frac{3}{4}$ dem Aufstand in Woomera zugeschrieben werden. Das Lager befindet sich mitten in der Wüste, 500 km von Adelaide entfernt. Es wurde ende der 50er Jahre gebaut um die Arbeiter für den Bau eines Bürokomplexes unterzubringen. 1999 wurde es zu einem Lager, das man fortwährend ausbaute und dessen Sicherheitsdispositiv stehts vergrössert wurde. Am Morgen des Sonntag dem 29. Dezember, werden die ersten zwei Brände im sanitären Block gelegt (5 Gebäude darunter auch die Toiletten brennen aus). Am fol-

genden Abend, werden zwei Zellblöcke (37 Gebäude) und zwei Speisesäle in Brand gesteckt, welche teilweise oder vollständig zerstört werden. Die Feuerwehrmänner benötigen mehr als vier Stunden, um das Feuer zu löschen. 130 Flüchtlinge, hauptsächlich aus dem Nahen-Osten und aus Afghanistan, müssen in einen andern noch ungebrauchten Flügel verlagert werden. Der Schaden, noch massiver als die vorhergehenden, beträgt 1,95 Millionen Euro. 7 Personen werden sofort in ein Gefängnis überführt. Es wird eine grossflächige Durchsuchung des Lagers durch die Polizei eingeleitet, während die Flüchtlinge zwei Tage draussen auf dem Basketballfeld verbringen müssen, sitzend und gefesselt, von 10 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ohne Wasser und unter der brennenden Sommersonne. Die drei Familien des Lagers, werden nach Baxter verschoben, während die anderen, die Alleinstehenden, unter Druck gesetzt werden, eine Vereinbarung zur Ausweisung in den Iran oder nach Afghanistan zu unterzeichnen (der Grossteil hat ihre Rekurse ausgeschöpft. Während der Phase von 2001-2002 hat das Gericht die Anfragen von 62% der Afghanen und 87% der Iraker abgelehnt). Das Telefon wird durchtrennt, Post und Kantine werden den Gefangenen untersagt.

Am Montag dem 30. Dezember, erheben sich die Gefangenen des Lagers von Perth. Ein Wärter wird im Gesicht verletzt. Nachdem sich die Polizei versuchte zwei Flüchtlinge zu überwältigen, die zur Deportation an den Flughafen gebracht werden sollten, rief ihre Rebellion die Solidarität von mehr als fünfzig anderen hervor, worauf die Anti-Riot-Polizei intervenieren musste. Dem folgte die Anklage von vier Personen aufgrund von Aggression und Rebellion (gegen ihre Gefangennahme).

Noch am selben Tag, wird ein viertes Internierungslager in Brand gesteckt. Das Lager von Christmas Island, eine in den australischen Gewässern, etwa 2400km westlich von Darwin und 550 km südlich von Indonesien gelegene Insel. Ein isoliertes Gefangenenlager im indischen Ozean, wohin man die boat-people, nachdem sie in den australischen Gewässern aufgefischt werden, dann direkt überführt (die anderen werden durch die australische Kriegsflotte zurück gedrängt, bevor sie die Gewässer überhaupt erreichen). Die ungefähr 40 Gefangenen legen an zwei Stellen Feuer (darunter der Speiseraum) und übernehmen, bewaffnet mit Zelt-pflocken und Rohren, die Kontrolle des Lagers. Dadurch muss die Feuerwehr vorerst draussen bleiben, während sich die Anti-Riot-Polizei den Flüchtlingen gegenüberstellt. «Wir sind uns sicher, dass kein einziges mal ein Revolver benützt wurde», erklärte Jenny Hoskin, Sprecherin des Ministeriums für Immigration, was etwa ein Bild des Ausmasses der Konfrontation abgibt. Nach der Ablehnung ihrer Aufenthaltsgesuche, hatten die boat-people schon bereits am 7. Dezember 2002, einen Wohnblock und den Essaal in Brand gesteckt. Durch die australische Presse sickern jedoch nur sehr wenige Informationen über die Revolten auf dieser Insel.

Der letzte Aufstand, wahrscheinlich auch der gewalttätigste dieses Wochenendes, fand in dem Lager von Villawood, in der Nähe von Sydney, statt. Das Besondere an diesem Lager ist, das hier jene eingesperrt sind, deren Visa abgelaufen ist, diejenigen die den Bedingungen nicht mehr entsprechen (keine fixen Angaben von Arbeit und Nationalität, Verurteilungen, Schwarzarbeit) sowie jene, die an den Flughäfen und Seehäfen abgefangen werden. Die Flüchtlinge warten einzig ihre Ausschaffung ab. Die offizielle Zahl der Inhaftierten beträgt 513 (393 Männer, 88 Frauen, 32 Kinder). Der entstandene Schaden war kleiner als in den anderen Lagern (280'000 Euro) doch dafür die Revolte umso offensiver: Nachdem in der Nacht des 31. Dezembers um 22:30 Uhr sechs Brände bei den Überwachungsinstallationen gelegt werden, versuchen 35 Gefangene auszubrechen indem sie ein Fahrzeug der Wärter stehlen, das ihnen als Rammbock dienen soll. Doch sie werden von einem Polizeifahrzeug aufgehalten, das das Tor blockiert. Es werden auch Wärter mit Eisenstangen angegriffen. Laut einem Sprecher des Lagers «gingen gleichzeitig in einem anderen Teil von Villawood ungefähr 60-80 «Gefangene» in Aufstand.» Diverse Schlafräume und ein Sportraum werden zerstört, erst drei Stunden später, kann das Feuer gelöscht werden. 15 Gefangene werden anschliessend in das Hochsicherheits-Gefängnis von Silverwater und Parklea (Sydney) gesperrt, man beschuldigt sie des Aufstandes und Ausbruchversuches. Ihre Nationalitäten zeigen deutlich, dass die Revolte über die falschen Unterteilungen nach Herkunft hinausgeht: China, Vietnam, Spanien, Türkei, Jordanien und England. Der Gesamtschaden, der durch die Aufstände aller Lager verursacht wurde, wird auf mindestens 4.7 Millionen Euro geschätzt.

England

Der Aufstand, der am 15. Februar 2002, die Hälfte des grössten Internierungszentrum von England, in Asche legte, wurde zum Symbol der Revolten in diesem Land. Jedoch begleiteten auch diverse andere Aufstände, ob während der Verlegung der Gefangenen oder durch Hungerstreiks (wie in Rochester von Januar bis März 1997), die Einrichtung der Lager. Denn ganz im Gegensatz zu seinem Ruf, ist England keineswegs ein friedlicher Zufluchtsort für Immigranten ohne Papiere.

Im Juni 2001, gab es 688 Gefangene in den 10 Internierungszentren und 1142 Sans-Papiers in den Gefängnissen, grösstenteils schlicht aufgrund eines Antrages der Immigrationspolizei. Viele warten dort, meistens in speziellen Abteilungen des Gefängnisses, auf das Resultat ihrer Berufung gegen den abgewiesenen Asylantrag. Nachdem ein Skandal darüber ausbrach, dass Sans-Papiers einzig für dies ins Gefängnis gesteckt wurden, begann man neue Internierungszentren zu bauen und die Gefängnisflügel in Zentren umzufunktionieren. Bis im Mai 2002, gab es 3500 Plätze, das heisst, eine etwas darüber liegende Anzahl Inhaftierter.

Die Verlegung von einem Internierungszentrum in ein Gefängnis, ist oftmals eine disziplinäre Massnahme. Einige hundert von diesen $\frac{3}{4}$ der Inhaftierten, die sich in keiner irregulären Situation befinden sondern einen Asylantrag gestellt haben, werden seit September 2000, zum Teil schon länger als ein Jahr festgehalten. Den Asylsuchenden die nicht eingesperrt sind, wird ein Aufenthaltsort zugeschrieben, mit Vorliebe in irgendeiner abgelegenen Ecke. Sie müssen regelmässig in einem enforcement center stempeln gehen, wo man sie dann auch gleich filzt. Sie haben kein Recht darauf zu arbeiten und um sie besser an der Leine zu halten, gibt es eine ärmliche Auszahlung (fast ausschliesslich in der Form von Gutscheinen, die nur in einigen Läden gültig sind und ohne Rückgeld). Den grossen Profit aus dieser Methode schlägt das französische Unternehmen Sodexo, welches die Bons herausgibt.

Ein brennendes neues Zentrum

Das Zentrum von Yarl's Wood, verwaltet durch den Privat-Betrieb Group 4 Falck, wurde am 19. November 2001 in Bedfordshire eröffnet und ist mit seinen 900 Plätzen, das zweit grösste von England. Am 10. Dezember fand eine Serie von Hungerstreiks und Essenverweigerungen statt, die am 18. Januar 2002 immer massiver wurden. Ihr Anliegen war ein Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und insbesondere gegen die Praktik, die Gefangenen beim geringsten Anlass an den Händen zu fesseln (wie z.B. während der Überbringung ins Krankenhaus). Am 14. Februar stellt sich eine Gruppe Gefangener dazwischen, als eine 55 jährige Frau gefesselt über den Boden entlang ins Krankenhaus geschleift wird (sie war seit drei Tagen krank und bekam keine Medikamente). Der Protest breitet sich wie ein Lauffeuer aus; 200 von ihnen (zur Zeit befinden sich 383 Gefangenen in dem Zentrum) klettern aufs Dach. Um etwa 20 Uhr, wird im Empfangssaal Feuer gelegt und danach auch in den Flügeln D (Männer) und C (gemischt). Die Hälfte des Zentrums steht in Flammen, während es bis um 7 Uhr morgens zu schweren Konfrontationen zwischen Gefangenen und Wärtern kommt. Zwei von ihnen werden angegriffen und ihrer Schlüssel beraubt, vier andere mit Gewalt in einem Büro eingeschlossen. Darauf hin konfrontieren sich die Gefangenen mit der Riot-Polizei, die den Privat-Wärtern zu Hilfe eilt, doch nicht ohne zuerst die Sicherheitskameras und den high-tech Kontrollsaal, wo sich die Video-Aufnahmen befinden, zu zerstören.



Die Feuerwehrleute brauchten eine Stunde, um in das Zentrum zu gelangen und böse Zungen behaupten, dass gewisse Revoltierende versucht hätten sie aufzuhalten, um dem Feuer mehr Zeit für seine Arbeit zu überlassen. Gleichzeitig konnten 20 Gefangene entkommen und trotz zwei Helikoptern und den in die umliegenden Felder und Hügel losgelassenen Spürhunden, wurden nur 8 wieder eingefangen.

Nach dem Brand werden die Gefangenen ins Campfield House (Oxford) überbracht. Das Zentrum wurde geschlossen und nach einiger Zeit wieder eröffnet und ausgebaut. Als die Group 4 Falck eine Werbekampagne lancierte, um ihre Effektivität angesichts der Neueröffnung auszuführen, wurde jedes ihrer Treffen von Demonstrationen gestört. Der Entscheid im Prozess gegen die elf, aufgrund von Brandstiftung und Aufstand Angeklagten, viel am 15. August 2003: Sieben Freisprüche, drei Verurteilungen für Gewaltanwendung und eine für Aufstand. Sie bekamen bis zu vier Jahre Gefängnisstrafen.

Ein offizieller Bericht, der im November 2004 publiziert wurde, verdeutlichte, dass ein ganz neues Zentrum, zusammen mit zwei weiteren, in äusserster Eile aufgebaut wurden, um der festgelegten Quote von 30'000 Ausweisungen pro Jahr nachzukommen. Laut dem Bericht, erklärt sich die Geschwindigkeit, mit der sich der Brand ausbreitete, durch die schlechte Qualität des Materials und weil sich keine Brandlöscher im Gebäude befanden. Seine Verfasser waren also ausserstande zu erkennen, dass die Freiheitsberaubung und die untragbaren Haftbedingungen, das Essentielle ausmachten. So wartete der Grossteil der Eingeschlossenen auf ihre Ausschaffung, all ihre Rekurse wurden bereits aufgebraucht und nur ein kleiner Teil kam aus dem Gefängnis. Der Bericht bestätigte ausserdem, dass ein Wärter sich schwer verletzte, als er aus dem Fenster des zweiten Stockes sprang, um den Aufständischen zu entkommen, denen er den Zugang zu den Ateliers versperren wollte. Schlussendlich beläuft sich der Schaden, aufgrund der beiden brennenden und der zum Teil bis zum Dach verwüsteten anderen Trakte, auf 100 Millionen Pfund.

Harmondsworth übernimmt

Doch die Aufstände und Brandstiftungen stoppen keineswegs, jetzt wo sie erst richtig ins Laufen gekommen sind. Nach Yarl's Wood im Februar 2002, lässt das Zentrum von Harmondsworth von sich hören, einmal am 19. Juli 2004 und erneut am 29. November 2006.

Sich in der Nähe des Flughafens von Heathrow (westlich von London) befindend, wurde dieses Zentrum à zwei mal 550 Plätzen im Jahr 2001 eröffnet, und durch den Privatbetrieb UK Detention Services (UKDS) verwaltet. Dieser hat mit dem Innenministerium einen Vertrag von 8 Jahren abgeschlossen. Nach der ersten Revolte, wurde der Betrieb in Kalyx Ltd. umbenannt. Im Mai 2004, kommt es zu einem ersten kollektiven Hungerstreik von 220 Gefangenen, mit dem sie gegen die lange Abhandlungszeit und die Gewalt der Wärter protestierten. Am 19. Juli, um etwa 20 Uhr, wird ein 31 jähriger kosovanischer Asylsuchender erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Seine Asylanfrage wurde gerade

abgewiesen und seine Ausschaffung wurde auf den folgenden Tag angelegt (zwischen 2001 und 2006, kam es in dem Zentrum zu 17 offiziellen Selbstmorden und alleine schon in den ersten zehn Monaten des Jahres 2006 zu 185 Selbstverstümmelungen). Die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer und gegen 23 Uhr weigert sich eine Gruppe von Jamaikanern in ihre Zellen zurück zu kehren. Eine Konfrontation mit den Wärtern wendet sich zu ihren Gunsten und die Wärter ziehen sich zurück. Die Revolte verbreitet sich schnell, die Aufständischen legen Feuer und zerstören die Infrastruktur. Etwas weniger als hundert Leute machen weiter, bis zum nächsten Morgen um 9 Uhr, als sie durch die Polizei, die Wärter und ihre spezialisierte Anti-Aufrührtruppe (das «Tornado-Team») verprügelt werden. Das Lager von Harmondsworth wird, aufgrund des strukturellen Schadens (22 Millionen Pfund) teilweise geschlossen und verschiedene Gefangene werden umgesiedelt.

Nach diesem Aufstand, scheinen die Haftbedingungen noch stärker denen eines Hochsicherheitsgefängnis zu ähneln. Um ein Beispiel zu statuieren (und nebst den Prügelstrafen), haben die Wärter eine disziplinäre Verordnung eingeführt, den I.P., in ihrem Jargon. Was heisst, nach zwei dieser Verordnungen, wird man umgehend ins Verlies gebracht (eine Stunde Hof am Tag und totale Isolation ohne persönliche Gegenstände). Die Gefangenen erzählten, wie der I.P. natürlich vollkommen willkürlich angewendet wurde, unter anderem wenn man einen Wärter «auf unfreundliche Weise» ansprach oder «nicht kooperierte». Diese Isolation von bis zu 45 Tagen wurde, allein in den ersten 6 Monaten des Jahres 2006, bis zu 129 Mal angewandt. Ein zweiter Faktor für die Explosion liegt in der Verschärfung der Verhältnisse ausserhalb: Nebst dem Einsperren von Immigranten, die auf ihre Ausschaffung warten oder auf die Überprüfung ihrer abgewiesenen Aufenthaltsbewilligung, ist in den zehn Monaten vor der zweiten Revolte, die Anzahl Immigranten, die vorübergehend im Gefängnis eingesperrt wurden, exponentiell angestiegen. Der Innenminister, John Reid, hatte die Dispositive vergrössert, um die Ausschaffung jedes Ausländers zu beschleunigen, der ein Delikt beging, auch wenn er schon seit Jahren die britische Staatsbürgerschaft (oder eine Aufenthaltsbewilligung) besass. Viele junge Immigranten, die in England aufwuchsen, verhedderten sich so in dem Netz der doppelten Strafe.

Ohne die konjunkturellen Gründe für die Revolte herauszufiltern, reicht schon das alleinige Eingesperrtsein an sich, als Erklärung für die Verwüstung des gesamten Zentrums (mit seinen vier Flügeln) zwischen dem 28. und 29. November 2009. Der Aufstand dauert 18 Stunden und 484 Gefangene nehmen daran teil. Sanitäre Anlagen, Mauern, Fenster, Überwachungskameras; nichts wird verschont. Initiiert um 12:30 Uhr, verbreitet sich die Revolte bis 23:30 Uhr, während das Feuer seine verheerende Aufgabe erfüllt, unterstützt durch grossflächige Überflutungen, die die Brandchutzanlagen verursachen. Auf dem Innenhof formen einige Revoltierende mit Decken ein gigantisches «SOS FREEDOM», ein Bild das der Helikopter des Fernsehsenders Sky News zu verbreiten beginnt. Was sofort dazu führte, dass ein Black-out über die Umgebung des Zentrums verordnet wird, als eine «Operationszone mit Überflugsverbot». Schliesslich findet während den Konfrontationen im C-Flügel des Zentrums, ein Verhandlungsversuch statt:

Im Namen der anderen sprechend, akzeptieren die Gefangenen, die unmittelbare Ausschaffung der definitiv Abgewiesenen («lieber deportiert als für unbegrenzte Zeit [bis zu 3 Jahren] in den Windungen der Justiz gefangen») im Tausch gegen die bedingte Freiheit aller anderen. Aber selbst dieser fordernde Reformismus genügt nicht aus, weder um die Intervention der Bullen zu verhindern, noch die Wut der anderen zu dämpfen (Jamaicaner, Iraner, Iraker, Kenyaner, Nigerianer,...), die die Zerstörung vollenden, die zwei Jahre zuvor begonnen worden ist. Die Gefangenen werden versetzt und der Schaden auf mehrere Millionen Pfund beziffert.



Campfield House im Aufstand

Das Internierungszentrum von Campfield House, mit seiner Kapazität von 218 Plätzen für Asylsuchende (für solche, deren Prozedur noch am laufen ist, aber auch für jene, die auf ihre Ausschaffung warten), liegt in Kidlington (Oxfordshire). 1993 eröffnet, wird es von September 2006 bis 2009 durch den amerikanischen Betrieb GEO verwaltet, als Nachfolger von Group 4.

Am 20. August 1997, entstand bei einem gigantischen Aufstand, begleitet von einer Solidaritätskundgebung vor dem Zentrum, ein Schaden von 100'000 Pfund. 13 Gefangene wurden festgenommen und 9 für Zerstörung und Brandstiftung angeklagt (ein Libanese und drei Karibier wurden aus der Geschichte gezogen, wodurch noch 9 West-Afrikaner übrig blieben, obwohl Leute aller Nationalitäten an dem Aufstand beteiligt waren). In den Gefängnissen von Bullingdon und Reading eingesperrt, wurden sie am 18. Juni 1998 alle freigesprochen.

In letzter Zeit haben erneut verschiedene Revolten die Normalität des unmenschlichen Gefängnislebens gestört und es wieder zu einem aktuellen Thema gemacht. Im März 2007, bricht gegen 7 Uhr morgens, als Antwort auf die «gewalttätige» Ausweisung eines Mitgefangenen, ein Aufstand aus, dem eine Brandstiftung folgt. Bereits im Juni 2004 war nach der Ausweisung eines Algeriers, eine ähnliche Revolte ausgebrochen. Der Schaden ist nicht genau bekannt, doch man zählt neun Verletzte durch eine Rauchvergiftung, davon sieben Personalmitglieder. Im August 2007, gelingt es 26 Asylsuchenden während einer Brandstiftung auszu-

brechen (8 befinden sich noch immer auf freiem Fuss).

Als die Wärter versuchen einen Inhaftierten aus der Zelle zu holen, um ihn anschliessend auszuschaffen, gehen im Dezember 2007 120 Gefangene in den Aufstand. Es finden kurze Konfrontationen statt, und die elektrischen Installationen und Bewachungskameras in den Gängen werden zerstört. Die WC's werden verstopft und verursachen die gewünschte Überschwemmung, wodurch ein Teil des Zentrums geschlossen werden muss. Am 14. Juni 2008 wird erneut Feuer gelegt. 10 Feuerwehrfahrzeuge und ein Helikopter werden benötigt, um den Brand zu löschen. Am frühen Morgen des 18. Junis 2008, reissen sieben Gefangene aus. Vier von ihnen werden bereits nach kurzer Zeit wieder gefasst (einer wurde an seinem Knöchel verletzt und musste ins Spital gebracht werden, ein anderer versteckte sich im botanischen Garten von Oxford), während zwei Palästinenser und ein Afghane sich noch immer irgendwo draussen befinden.

Frankreich

Die zeitgleichen Brandstiftungen in den zwei Flügeln des Internierungszentrums von Vincennes (Paris) befinden sich noch in guter Erinnerung. Am 22. Juni 2008, folgten sie auf den Tod eines Gefangenen, und führten zur Zerstörung des Zentrums. Dennoch war diese Revolte keineswegs eine isolierte Tat in den letzten Jahren. Am 18. September 2006, brechen sieben Gefangene aus dem Internierungszentrum von Cornebarrieu (Toulouse-Blagnac) aus. Fünf von ihnen befinden sich noch immer auf freiem Fuss. Im Dezember 2006, findet im Internierungszentrum von Vincennes, Lyon und Marseille ein kollektiver Hungerstreik statt.

Am 24. Januar 2007, entfachen zwei Brände, einer in jedem der beiden Gebäude des Zentrums von Vincennes. Eines davon wird erheblich beschädigt. Fünf Gefangene (Malaien, Ivorianer, Marokkaner und Tunesier) werden beschuldigt, die Anstifter gewesen zu sein. Am 17. Juli 2007, steckt ein Kurde ein Teil des Zentrum von Mesnil-Amelot (20 der 120 Plätze) in Brand. Er zündete seine Matratze an, worauf sich das Feuer zu verbreiten beginnt.

In den Internierungszentren von Mesnil-Amelot, Vincennes, Rennes und Nantes begeben sich von Dezember 2007 bis April 2008 zahlreiche Sans-Papiers in Hungerstreik und lösen gelegentlich Konfrontationen mit den Bullen aus. Am 23. Januar 2008 wird in einem Zimmer in Vincennes von Gefangenen Feuer gelegt. Vier Tage später muss aufgrund von zwei Bränden die Feuerwehr eingreifen. Am 12. Februar werden in Vincennes erneut zwei Zimmer in Brand gesteckt. Am 16. März brechen in Canet (Marseille) fünf Gefangene aus dem Internierungszentrum aus; zwei Algerier, zwei Tunesier und ein Marokkaner. Zwei von ihnen sind noch immer auf der Flucht. Am 6. April werden in Vincennes Bettlaken in Brand gesteckt, Gegenstände in Richtung Bullen geschmissen und die Einrichtungen beschädigt.

Gegen 14:45 Uhr, am Sonntag dem 22. Juni, werden in den zwei Gebäuden des Zentrums von Vincennes, verschiedene Brandherde erzeugt. Die 280 Plätze werden vollständig zerstört, während sich vor dem Zentrum viele Leute versammeln. Am Vorabend war ein 41-jähriger tunesischer Gefangener (Salem Essouli) gestorben, während er stundenlang darauf wartete, ins Krankenhaus gebracht zu werden.

Ein Gefangener bezeugt: *«Anstatt von einem "Retentionszentrum" zu sprechen, sage ich immer "Detentionzentrum" (rétention: Zurückhaltung/Internierung – détention: Haft; anm.d.Ü.) und die Bullen mögen das nicht. Aber für mich sind wir hier in einem Gefängnis, wir sind nicht frei. Die Art und Weise wie Menschen ausgeschafft werden; daran zu denken lässt einen den Mut verlieren. Das ist es, was dieses Gefühl der Revolte erzeugte. Wie es zu dem Feuer kam? Wie sie es getan haben? Ehrlich gesagt will ich es gar nicht wissen. Der Tod dieses Mannes hat all diese Gewalt erwachen lassen, ob legitim oder nicht. Aber Revolten kommen doch überall vor. Wenn etwas nicht geht, gibt es Revolten, sogar in der Stadt, im täglichen Leben; es gibt immer Revolten und diese können gewalttätig sein. Eine Revolte, egal welcher Art, bleibt eine Revolte.»*

Die Gefangenen werden verprügelt und in der angrenzenden Polizeischule eingepfercht, bevor sie per speziell gemietetem Bus oder TGV ins Zentrum von Rouen-Oissel (22), Lille-lesquin (54), Nîmes-Courbessac (100), Palaisseau (18), Mesnil-Amelot (10) und Paris-depôt-Cite (40) evakuiert werden. Einige werden ausgeschafft, der Grossteil wird freigelassen (93 der 100 die nach Nîmes gebracht wurden zum Beispiel) und oft mitten im Nirgendwo abgesetzt. Seither werden in Fleury und Fesnes sechs Sans-Papiers unter der Anschuldigung von «Zerstörung von Gütern durch Brandstiftung und Gewalt gegen öffentliche Beamte» eingesperrt. Im Oktober startet eine Solidaritätskampagne. Ein neues Zentrum mit 60 Plätzen wird am 10. November in Vincennes eingeweiht. Zwei weitere neue Zentren sind in Planung. Dem Beispiel eines Berichts von Cimade zufolge, einer religiösen «humanitären» Organisation, die diese Lager zusammen mit der Polizei verwaltet (kürzlich lässt eine Ausschreibung ihr Monopol mit anderen Schufden konkurrieren), hat diese Kapazitätsbeschränkung offen zum Ziel, die Gefangenen besser kontrollieren zu können.

Am Sonntag dem 20. Juli gegen 18:30 Uhr, legt ein 44-jähriger Türke, der jeden Moment ausgeschafft werden könnte, in dem Zentrum für administrative Festhaltung (CRA) von Dante, von seiner Zelle aus Feuer. Das Zentrum ist gezwungen vorübergehend zu schliessen und am folgenden Tag werden die sieben anderen Gefangenen, nachdem sie eine Nacht im Polizeikommissariat verbracht haben, ins Zentrum von Rennes-Saint-Jacques-de-Lande gebracht. Der einzige Angeklagte wird am 2. Oktober zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am Samstag den 2. August, ist das Zentrum von Mesnil-Amelot, das hinter dem Flughafen von Roissy liegt, an der Reihe. Während zwei Zimmer brennen, finden in dem Block 1 und 4 unter Schreien nach «Freiheit» Konfrontati-

statt, allerdings ohne dass das Feuer auf die gesamte Infrastruktur übergreift. *«Wir schrien nur mit den draussen anwesenden Demonstranten mit. Die Polizei befahl uns damit aufzuhören und wollte uns auf den Fussballplatz zurück drängen. Wir wehrten uns dagegen und ein Brand entfachte. Die Polizei verstärkte die Gewalt, besprühte uns mit Pfefferspray und prügelte einen jungen Aufständischen nieder»*, so das Bezeugniss eines Gefangenen.

Was feststeht ist (wie ein Plakat zum Ausdruck bringt, das anfangs November auf den Mauern mehrerer Städte zu zirkulieren beginnt), dass *«das Eingeschlossen sein an sich schon Grund genug darstellt, um gegen die Wärter und ihre Stacheldrahtmauern zu rebellieren. Es ist gewiss, dass jedes Individuum, dass noch den Geschmack der Freiheit und die Wut im Herzen hat, nicht anders kann, als sich in diesen zerstörenden Revolten wiederzuerkennen.»*

Belgien

Ende Juli 1998 brachen, während einer Kundgebung, zu der von dem alten Kollektiv gegen Ausschaffungen aufgerufen wurde, 31 Personen aus dem geschlossenen Zentrum 127bis in Steenokkerzeel aus. Einige Demonstranten hatten die Umzäunung durchgeschnitten, während die Gefangenen sich mit den Wärtern anlegten und Fenster einschlugen, um ausbrechen zu können. Während der anschliessenden Jagd, wurden sieben Personen wieder festgenommen, die anderen konnten bisher den Klauen der Hunde der Demokratie entkommen. Dieser Ausbruch, liess die Spannung in und um das geschlossene Zentrum definitiv ansteigen.

Am 22. September 1998, wird Semira Adamu bei einem Ausschaffungsversuch im Flugzeug, von zwei Polizisten erstickt. Als es zu Aufrufen kommt, sich vor dem geschlossenen Zentrum 127bis zu versammeln, beschliesst die Regierung, das Zentrum zu leeren. Die Gefangenen die sie als Mittäter oder Freunde von Samira betrachten, werden in andere Zentren verlegt; alle anderen werden frei gelassen. Diese beiden Geschehnisse markieren die erste Agitationsperiode rund um die geschlossenen Zentren. Die Lager waren zu der Zeit noch viel weniger bewacht – Ausbrüche waren gang und gäbe. Mit dem Bau eines neuen geschlossenen Zentrums in Vottem, entschied sich der Staat für eine andere Richtung: Nämlich die geschlossenen Zentren zu gesicherten Festungen umzurüsten, die den Haftanstalten gleichkommen. Während die Agitation in den Strassen abnahm und der Kampf gegen die Zentren sich in einen Kampf für Regularisierung zu verformen begann, restrukturierte der Staat die Zentren und ihre Verwaltung.

In den Jahren 2000 bis 2007, wurden Aufstände und Ausbrüche in den Zentren eher selten.

Draussen versuchte eine nationale Koordination von Sans-Papiers (UDEP) und ihre Unterstützer, vor allem eine bestimmte politische Glaubwürdigkeit beim Staat aufzubauen, um dadurch Regularisierungen zu erreichen. Es gab sehr wenig Beachtung für das, was sich in den Zentren abspielte.

Von 2007 an, beginnt sich die Stärke der Wut in den belgischen Gefängnissen definitiv zu zeigen. Die Aufstände und Brandstiftungen lösen sich gegenseitig ab und verbreiten sich beinahe in allen Knästen. Zu dieser Verbreitung haben bestimmt auch die jeweils erfolgten Verlegungen der so genannten Anführer der Revolten, ihren Teil beigetragen. Denn auf diese Weise, konnte sich die Erfahrung der Revolte, in fast jedem Knast der belgischen Demokratie verbreiten.

In zweierlei Hinsicht haben die Meutereien in den Gefängnissen auch die Situation in den geschlossenen Zentren beeinflusst. Einerseits die Tatsache, dass selbst unter den am stärksten «kontrollierten» Bedingungen noch Aufstände ausbrechen (und nicht einer, sondern mit Kontinuität in Zeit und Raum), was wie eine Fackel wirkt. Trotz aller Gitterstäbe, Wärter, Isolationszellen und Schlägen, bleibt die Revolte möglich. Die Angst überlässt ihr Platz dem Bewusstsein, dass die Rebellion vor allem von ihrer eigenen Entscheidung abhängt.

Andererseits wurden die Häftlinge ohne Papiere, die an den Aufständen in den Gefängnissen teilgenommen haben, anschliessend in die Zentren gebracht, um dort ihre etwaige Ausschaffung ab zu warten. Man muss erwähnen, dass die Dauer dieses administrativen Einsperrens, sich leicht bis zu 6 Monaten (oder sogar noch länger) hinziehen kann. Diese Gefangenen hatten bereits Erfahrung von Revolten in den Gefängnissen, wo die Momente, in denen man mit ein paar dutzend Leuten zusammen ist, ziemlich selten sind (einzig während des Hofganges und bei Aktivitäten wie Sport), während in geschlossenen Zentren, die Gefangenen (mit Ausnahme derjenigen unter besonderen Strafen) die ganze Zeit zusammen sind. Sie werden in Schlafsälen von mehr als 20 Personen gruppiert – was einen kollektiven Aufstand sehr viel einfacher macht.

Im Januar 2007, findet im Gefängnis von Merksplas eine Revolte statt, in deren Verlauf verschiedene Flügel zerstört und zwei Pavillons in Brand gesteckt werden. Zur selben Zeit werden in dem geschlossenen Zentrum, das gleich gegenüber liegt, die Wärter von den Gefangenen angegriffen und zum Teil verwundet. Einen Monat später, starten viele der Gefangenen des geschlossenen Zentrums von Vottem einen Aufstand, sie zerstören den Speiseraum und die «Entspannungsräume». Während den Monaten März und April, gelingt mehr als 40 Menschen die Flucht aus den insgesamt fünf geschlossenen Zentren von Belgien. Meistens werden die Gitterstäbe und die Umzäunung durchgesägt, in einem Fall in Vottem, greifen verschiedene Gefangene einen Wärter an, nehmen seine Schlüssel und können so entfliehen. Am 25. April 2007, bricht in dem geschlossenen Zentrum 127bis in Steenokkerzeel, ein Aufstand aus. Noch bevor die Polizei intervenieren kann, zerstören die Revoltierenden den Grossteil des einen Flügels, was dessen vorübergehende Schliessung bewirkt. Am 9. Juni konfrontieren sich einige Gefangene desselben Zentrums mit den Wärtern, um die Ausschaffung eines Gefährten zu verhindern. Die Anti-Riot-Polizei braucht mehrere Anläufe, um die Aufständischen zurück in die Schlafsäle zu treiben. Schliesslich wird die Person trotz allem deportiert. Am 30. Juli 2007, schneidet eine Explosion in einem Elektrizitätskasten neben dem ge-

schlossenen Zentrum von Merksplas für eine Weile die Stromversorgung ab. Einige Stunden später weigern sich die Gefangenen, den Hofgang zu beenden, bis die Polizei eintrifft und die Gefangenen zurück in die Schlafsäle zwingt. Nach dem Tod eines 22-jährigen Gefangenen, der einige Tage zuvor aus dem Gefängnis von Lantin hierher gebracht wurde, bricht am 29. September in dem Zentrum von Steenokkerzeel, erneut ein Aufstand aus. Die Revoltierenden zerstören den Aufenthaltsraum und die Sanitäreinrichtungen. Als die Polizei eintrifft, kommt es zu Konfrontationen, die sich über mehrere Stunden hinweg ziehen. Im November 2007, durchsucht die Polizei auf Anfrage der Wärter, die Zentren von Vottem, Steenokkerzeel und Merksplas. Diese fürchteten, dass Gefangene selbst gemachte Waffen anfertigen um einen Ausbruch vorzubereiten. In der Tat findet die Polizei selbst angefertigte Messer, Sägen, Knippzangen,...

Im Jahr 2007 brechen mindestens 80 Personen aus den geschlossenen Zentren von Belgien aus, während leider auch diverse Versuche missglücken.

Am 6. Januar 2008, bricht in dem geschlossenen Zentrum von Merksplas aufs Neue ein Aufstand aus. Duzende Gefangene widersetzen sich der Ausschaffung eines ihrer Gefährten und verursachen einen Schaden von mehr als 40'000 Euro. Drei Wärter werden krankenhauserreif geschlagen. Eine Woche später wird ihr Gefährte freigelassen. Im Februar begeben sich ungefähr 150 Gefangene verschiedener Zentren in Hungerstreik. Mit dem Streik wird jedoch nichts «konkretes» erreicht. Am 1. Mai wird ein Gefangener in einer Isolationszelle des Zentrums von Merksplas erhängt aufgefunden. Er wurde vor kurzem von einem Ausschaffungsversuch zurückgebracht, der aufgrund seines Widerstandes missglückte; ein erneuter Versuch hätte an dem nächsten Tag stattfinden sollen. Einige Duzend Gefangene zerstören alles was ihnen in die Hände kommt. Es wird auch der Schlafsaal in Brand gesteckt. Elf Gefangene werden unter Isolation gestellt, einer von ihnen zerstört auch seine Isolationszelle und wird kurz darauf nach Algerien deportiert. Am 10. Juli, durchsucht die Polizei erneut das Zentrum von Steenokkerzeel. Acht Gefangenen werden, nachdem man mit einem Tuch ihre Augen verbunden hat, in andere Zentren verfrachtet. Am 21. Juli, dem nationalen Feiertag, klettern zwei Gefangene auf das Dach des geschlossenen Zentrums von Merksplas, während im Inneren ein Aufstand tobt. Zahlreiche Fenster werden zerschlagen und das Mobiliar zerstört. Die Polizei interveniert und treibt die Gefangenen zurück. Am 24. August, kurz nach Mitternacht, legen einige Gefangene, an 8 verschiedenen Stellen des Zentrums von Steenokkerzeel Feuer. Da es Nacht ist, verzögert sich der Einsatz der Polizei und der Feuerwehr. Zwei der drei Flügel werden evakuiert und brennen vollständig aus. Ein Gefangener kann fliehen. Der Brand lässt die Kapazität des Lagers auf weniger als 30% schrumpfen. Ein Teil der Gefangenen wird anschliessend in andere Zentren verfrachtet und andere werden in aller Diskretion freigelassen, weil es einfach keinen Platz mehr gibt. Bis jetzt wird für diese Brandstiftung noch niemand beschuldigt.

Noten:

1) 2004 fusioniert die dänische Group 4 Falck mit der britischen Securicor, zusammen ergeben sie Group 4 Securicor (GAS). Anfangs 2008 war GAS nach Securitas der grösste Betrieb für private Sicherheit in Frankreich.

DIE BESTUERMMUNG VON CEUTA UND MELILLA

Trotz einer langen Tradition aktivistischer Cliches, wäre es falsch, weiterhin von der “Festung Europa“ zu sprechen. Dieser Ausdruck ist geläufig, lässt aber vergessen, dass es für die reichen Ausländer kein Problem ist, nach Europa zu gelangen. Er verdeckt vorallem auch die Tatsache, dass der Kontinent, aufgrund des Bedarfs an Arbeitskräften, weiterhin ein Gebiet legaler und legalisierter Einwanderung bleibt, so wie er es auch schon immer gewesen ist. Die zunehmende Kluft zwischen den Immigranten, die aufgrund von Nationalität, Quoten oder der Überlebensdauer vor der Regularisierung auserwählt werden und all denen, die weiterhin ankommen ohne für eine Genehmigung zu fragen, hat schon oft zu dieser Simplifizierung geführt.

Die zwei spanischen Enklaven von Ceuta und Melilla in Marokko stellen einen der einzigen Landwege dar, um nach Europa zu gelangen. Während das Mittelmeer – aufgrund der Unzähligen ertrunkenen Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Italien (Lampedusa und Sizilien), Spanien (die Seestrasse von Gibraltar, die kanarischen Inseln) aber auch nach Zypern oder Malta waren – bekanntlich eine der grössten europäischen Grabstätten darstellt, bot diese Grenze, durch etwas Selbstorganisation und Entschlossenheit, für lange Zeit den Vorteil einer kostenlosen und sicheren Überquerung.

Erst im Jahr 1998 erbaute die Stadt Melilla (65'000 Einwohner) ein spezifisches Internierungszentrum namens CETI (Centro de Estancia Temporal de Inmigrantes). Dieses halb-offene Zentrum ermöglichte eine uneingeschränkte Internierungsdauer; im Gegensatz zu den 40 Tagen der zehn anderen CEI (Centro de Internamiento de Extranjeros) genannten Deportationslagern, die von 1985 an errichtet wurden. La Granja, das von dem Roten Kreuz und der Vereinigung Maria Immaculada mitverwaltet wird, hat eine Kapazität von 250 Plätzen und dient als Aussortierungszentrum zwischen jenen, die mit einem Ausweisungsbefehl in einer spanischen Stadt auf dem Festland freigelassen und allen anderen, die per Boot oder Flugzeug zurückgeschickt werden. Im selben Jahr noch begann der Bau einer metallenen Absperrung um die Stadt, nach dem Vorbild von jener in Ceuta des vorigen Jahres. Tatsächlich nehmen die Bootsüberquerungen der «Subsaharier» von Marokko (Sidi Ifni, El Aaiun, Dajla) nach den kanarischen Inseln auf der einen Seite und nach Südspanien (Cadiz, Málaga, Almeria) auf der anderen seit 1994 stetig zu. Gleichzeitig vervielfachten sich auch die individuellen oder durch kleine Gruppen durchgeführten Angriffe auf die Landgrenze bei Ceuta und Melilla.



Doch seit 2005 beginnen sich die Ereignisse zu überstürzen. Vielleicht, weil sie es einfach satt haben, für 1500 Dollar an die Schmuggler, auf eine erfolgreiche Überfahrt zu warten (die technologische und menschliche Bewachung der Seewege hat stark zugenommen), weil sie am Ende ihrer Ressourcen sind (von der Polizei beraubt, von der Mafia erpresst, nach jedem missglückten Versuch eingesperrt und verprügelt in den Gefängnissen von Marokko und Lybien) oder schlicht weil sie zu arm sind; jedenfalls führen seither tausende von Migranten massive Angriffswellen durch, um gewaltsam die Zone zu überwinden, die den Übergang zu den beiden spanischen Enklaven markiert. Wenn wir uns hier vorallem auf die Angriffe dieses Jahres konzentrieren, dann nicht, weil sie in den Medien aufgrund der verursachten Toten einen grösseren Anklang fanden, sondern, weil zahlreiche Migranten im Nachhinein ihre Abenteuer erzählten und vor allem, weil diese Erfahrungen der Selbstorganisation und Entschlossenheit mit den Opfermustern brachen und zu jedem Individuum sprechen, das noch Freiheit und Wut in seinem Herzen trägt.

Die gute Beziehung zwischen Spanien und Marokko

Die Grenze (mehr als 8 km in Ceuta und 10 km in Melilla) wird durch eine doppelte Umzäunung aus gehärtetem Stahl (gegen Kneifzangen) geschützt, die, je nach Ort, zwischen 3 und 6 Meter hoch ist. Sie verfügt über ungefähr 30 Überwachungstürme, über Wärmekameras und Infrarot-Überwachungsgeräte. Ist die erste Umzäunung (mit Stacheldraht) einmal überwunden, muss man in den Zwischenraum springen und versuchen eine der seltenen Türen aufzubrechen oder eben die zweite Umzäunung zu erklimmen. In Melilla muss man dann noch weiter rennen und sich verstecken, bevor man das Stadtzentrum erreicht, wo es nur eine Einrichtung gibt, die die Asylanfragen registriert. Die anderen werden, nach den üblichen Prügeleinheiten, wieder den marokkanischen Behörden überführt. Die spanischen Wächter sind mit Gummischrotgewehren, die schwere Verletzungen verursachen können, ausgerüstet und sind auch äusserst motiviert, von diesem Gebrauch zu machen: Für diesen Posten winkt ein Bonus von 500 bis 800 Euro im Monat.



Der gesamte Sicherheitsapparat, sowohl auf dem Lande wie auch auf der See, wird Sive (Integriertes System externer Wachsamkeit) genannt. 1998 errichtet, wird es im August 2002, entlang von Algesiras, bei der Mündung der Seestrasse von Gibraltar, in Betrieb genommen. Etwas später, im Dezember 2003, wird es auf Malaga und die Insel Fuerteventura (kanarische Inseln) ausgeweitet, worauf Cadiz und Granada im November 2004, Ceuta, Melilla und Lanzarote (kanarische Inseln) im Januar 2005 und bis 2007 schliesslich La Gomera, El Hierro, Valencia, Alicante, Murcia und Ibiza folgen. In Cadiz befindet sich El Mando, das operationelle Zentrum der Guardia Civil, die das Sive verwaltet. Ursprünglich ein Kontrollsystem, das ausschliesslich fürs Land gedacht war, wurde es schliesslich zu einem komplexen Apparat, der gleichzeitig Videoaufnahmen, Satellitenverbindungen, Radar, Wärme- und Infrarotkameras, automatische Nummerschildleser und Herzschlagdetektoren in den Häfen umfasst. All dies unterstützt durch schnelle Intervention-Einheiten, wie jene mit den Speedbooten und Helikoptern, die mit Hilfsmitteln für

den nächtlichen Gebrauch ausgerüstet sind. Der Einflussbereich von Sive umfasst (nach den Texten, die in Brüssel im November 2003 über die Kontrollzentren der Migrationsströme aus dem Süden herausgegeben wurden), alle Gewässer von Portugal, von Frankreich und Italien (Marokko, Algerien und Tunesien mitinbegriffen, ob sie das nun wollen oder nicht). Das zweite Sive, in Griechenland gelegen, muss angesichts der Handelsroute von (menschlichen oder materiellen) Waren, die im Balkan, der Türkei, Ägypten und Libyen benötigt wird, noch errichtet werden. Amper, einer der beiden Betriebe, die Sive eingerichtet haben, exportiert sein System bereits nach Serbien und an die russisch-lettische Grenze, während der andere namens Indra es nach Hong Kong exportiert.

Marokko sieht sich daher durch die Grenzen von Ceuta und Melilla (und den verschiedenen verteilten Inseln in der Seestrasse) mit einem wahren europäischen Schutzwall zur Überwachung des Mittelmeers verbunden und übernimmt folglich die Funktion der externen Polizei. 1999 befindet sich Marokko bereits auf der Liste der Länder, die von der europäischen Union als vorrangig bezeichnet werden, zur Ausarbeitung von Aktionsplänen, um die Migranten zu stoppen (nebst Albanien, Somalia und Afghanistan). So wurde im November 2003 ein Gesetz «betreffend der Ankunft und des Verbleibs von Ausländern in Marokko und der unregelmässigen Immigration und Emigration» angenommen und somit namentlich das Delikt der illegalen Immigration ins Leben gerufen (Artikel 50 bis 52, der bis zu 20 Jahren Gefängnis vorsieht). Im Gegenzug zu dieser Art von Gesetzen und Lagern bringt die europäische Union ihre «Entwicklungshilfe» und ihre «Zusammenarbeit» zur Geltung, ein Markt, in dem Libyen und Marokko um Nordafrika wetteifern. Das Programm von Den Haag (November 2004) hat diese enge Verbindung zwischen (Anti-)Migrations-Politik und Subventionen jeglicher Art offiziell für fünf Jahre verfestigt.

Das Fehlen gültiger Papiere war für lange Zeit eine simple administrative Straftat, bevor es für die Immigranten in Europa zu einem strafrechtlichen Verbrechen wurde. Staaten wie Marokko sind, nach dem Vorbild des alten Ostblocks, momentan damit beschäftigt, die Emigration aus Afrika als strafrechtliches Verbrechen einzuführen. Sie verdeutlichen nochmals, dass die Individuen ihnen angehören (und nicht umgekehrt) und dass es ihnen nicht zusteht ihr Territorium nach ihrem Gutdünken zu verlassen. Nach marokkanischem Vorbild unterzeichnete auch Mauretanien ein Abkommen mit Spanien, das 2006 in Nouadhibou den Bau eines militärischen Lagers bezwecken soll, um dort die Exilsuchenden des eigenen Landes einzusperrern. Auch Senegal schloss ein ähnliches Abkommen ab...

Für das Jahr 2004 sprechen die offiziellen Quellen von über 55'000 Erklimmungen der Zäune durch Individuen oder kleine Gruppen bei Melilla. Diese, von dem marokkanischen Staat angegebenen Zahlen, wurden mit grösster Wahrscheinlichkeit aufgebauscht, um die mangelnde Effektivität der lokalen Polizei aufzuzeigen und insbesondere, um Druck auf die europäischen Subventionen auszuüben, indem man fortdauernd neuen Bedarf an Finanzierungen zur Sprache brachte; nichtsdestotrotz zeugen sie von einem Menschenstrom, der längst nicht mehr als belanglos abge-

tan werden kann. Im Jahr 2004 fand eine Beschleunigung der spanisch-marokkanischen Annäherung statt, trotz der abgekühlten Beziehung zwischen den beiden Ländern seit dem Konflikt über die Insel Leila-Perejil im Juli 2002: Im Februar 2004 wurden Abkommen über die Rückführung von südsaharischen Exilanten geschlossen; im April fand der erste offizielle ausländische Besuch von Zapatero statt; im Oktober wurde zusätzliche Hilfe von 950'000 Euro (neben den versprochenen 70 Millionen) angekündigt; im Januar 2005 wurde das SIVE an der marokkanischen Grenze zu Algerien erweitert; im Februar wurde Marokko Mitglied der IOM (Internationale Organisation für Migration, die die Rückkehrhilfe verwaltet); im Juli wurde mit der europäischen Union ein Abkommen über den Fischfang getroffen, der seit 2001 eingestellt wurde. Es spricht für sich selbst, dass eine der Gegenleistungen die marokkanische Immigrationspolitik war, vorallem im Zusammenhang mit Ceuta und Melilla.

Hetzjagden und steigende Repression

Diese beiden Städte bieten den Flüchtlingen einen besonderen Aspekt: Sie beide sind umringt von Bergen und Wäldern. Auf dem Berg Gourougou, im Wald rund um die Stadt Nador, die sich oberhalb von Melilla befindet und im Wald von Ben Younech, nördlich von Melilla, werden informelle Lagerplätze errichtet. Vom 12. bis 14. Januar 2005, drei Tage vor dem Besuch des König Juan Carlos, zerschlugen 1200 Mitglieder der marokkanischen Sicherheitskräfte, mit der Hilfe von 25 Militärfahrzeugen und 3 Helikoptern, die informellen Lagerplätze von Gourougou und verhafteten dutzende Migranten. Im Februar wird der Wald von Bel Younech umzingelt und belagert und ihnen wird die wichtigste Wasserquelle am Rande des Waldes abgeschnitten. Im Mai finden mehrere Hetzjagden in der Umgebung statt, mit dem Ziel, ausgehungerte Flüchtlinge zu fassen, die vom Wald aus in die in einem Abstand von rund 10 km liegenden Dörfer (wie Fnidq) flohen und versuchten zurück zu gelangen, um sich mit Nachschub zu versorgen. Einige Flüchtlinge versuchten sogar bis zur kommunalen Mülldeponie von Nador vorzudringen. Am 5. Juli wird auch dieser Lagerplatz besetzt und durchkämmt.

Die Flüchtlinge werden in die umliegenden Berge gejagt, wo sie sich in Grotten oder improvisierten Höhlen verbergen oder sich in nahe gelegenen Dörfern verstecken. Ein Teil der Migranten beginnt sich in der Umgebung von Melilla neu zu formieren, und am 29. August versuchen ungefähr 300 von ihnen, vom Berg Gourougou aus, die Umzäunung zu erstürmen. Sie werden durch Gummigeschosse zurück getrieben. Eine kleine Gruppe wird von Guardia Civil umzingelt und aufs schwerste verprügelt: Viele Migranten trugen grobe Verletzungen davon und eine Person wurde umgebracht (ein Mann, der an den Folgen einer Nierenblutung starb). Trotz dem kollektiven Misserfolg, werden bei Melilla weiterhin Versuche gestartet (wie am 8. und 15. September), dann jedoch, wie früher, in kleineren Gruppen. Während lokale Zeitungen eine rassistische Kampagne starten (Le Matin und danach Ashamal die über «die Menschen da» sprechen die «alles verschmutzen»,

oder über «die schwarzen Heuschrecken», die ins Land einfallen), erhöht die marokkanische Polizei den Druck und geht zu grossangelegten Razzien über: Am 7. September im Norden des Landes und am 27. September in den Arbeitervierteln von Rabat, Casablanca, Tanger und Fes (1100 Festnahmen).

Von Selbstorganisation...

Ungeachtet dieser breitangelegten Operationen, die stets technisch und zeitlich begrenzt sind, führt der nahende Winter, der Druck der Polizeirazzien in den Städten und Wäldern und eine gute Portion Wut, viele Flüchtlinge dazu, die Wälder, die anfang des Jahres verloren gingen, kurzerhand erneut zu erobern, aber auch, sich auf neue Angriffswellen vorzubereiten, die dieses Mal massiv und entschlossen sein werden.

Gemäss verschiedenen Aussagen entstand die Selbstorganisation ebenso durch Nationalitäten und Sprachen, als auch aus Netzwerken von 10-15 Personen, die sich während den Wanderungen gebildet haben und manchmal mehrere Jahre lang andauern. Viele Gruppen wählen einen Sprecher oder Chairman (für die Englisch sprechenden), was oftmals diejenigen sind, die als erste angekommen waren – einige lebten bereits mehr als ein Jahr im Wald. Die Koordination zwischen den Gruppen oder Gemeinschaften, betrifft die verschiedenen materiellen Aspekte des Lagerplatzes: Improvisierte kollektive Toiletten und Abfallverarbeitung (um die Verbreitung von Krankheiten und Epidemien zu vermeiden), Bau von kollektiven schäbigen Unterkünften, die «Ghettos» genannt werden, sowie Teams von Erste-Hilfe-Leistenden, um die Kranken oder Verwundeten (gebrochene Beine, tiefe Schnittwunden) zu versorgen, die abends, nach diskreten Versuchen die Grenze zu überwinden, zurückkehren. Diesen Teams wird manchmal durch unregelmässige Kontakte mit den einen oder anderen NGOs geholfen, Medikamente zu bekommen. In Bezug auf Konflikte sprechen viele Zeugen von der Anwesenheit von «Weisen», von internen «Blauhelmen», die aufgrund der wachsenden internen Spannungen, betreffend des steigenden Polizeidruckes, eingerichtet wurden.

Die ersten massiven Bestürmungen beginnen im August in Melilla, von dem Berg Gourougou aus. Sie sind ihnen nicht gelungen, doch verursachten sie viele Hin-und-Rückreisen von Bel Younech (Ceuta) nach Gourougou (Melilla) und erzeugten einen wahren Prozess kollektiver Reflektion (informelle Sitzungen und Assemblies), die trotz allem auf die Fortsetzung desselben modus operandi, aber auch auf eine breite technische Koordination hinausliefen: die Konstruktion zahlreicher handgefertigter Leitern aus Holz und Gummi, die bis zu zehn Meter lang waren, Versorgung mit Handschuhen und dergleichen für hunderte von Personen, die Wahl eines Abschnittes der Umzäunung von 50 Metern aufgrund der Höhe der Hecken und der Bewachung, Organisation in Angriffsgruppen und Aufrufe an Migranten aus Gegenden, die weiter entfernt vom Wald lagen. Zeugen sprechen aber auch von anderen Themen, die während einer zweitägigen Versammlung in Bel Yunch diskutiert werden, wie z.B. die Teilnahme von Frauen (was schluss-

sendlich auch geschah) oder die Konkurrenz zwischen verschiedenen Chairmans, die ohne Zweifel eher danach verlangten, ihr bisschen Macht zu erhalten, als dafür zu sorgen, dass sich ihr Wald ein für alle Mal leerte. Diese internen Neugruppierungen deuten auf das Hervorkommen entschlossenerer Individuen an, für welche das Entfliehen vom marokkanischen Elend und der Traum von dem europäischen Eldorado stärker sind, als die spröden Vermittlungen, die eingeführt werden, um das Überleben zu verwalten. Es sind jene, die die Angriffsgruppen anführen und jene, die als erste die Kugeln der Guardia Civil um ihre Ohren pfeifen hören werden.

...und massiven Angriffen

Ein Monat nach dem missglückten Überquerungsversuch von 300 Personen, sind es dieses Mal fast 800 Migranten, die bei Melilla einen zweifachen Ansturm lancieren. Etwa 300 Personen gelingt die Überquerung. Dieser siegreiche Angriff ermutigt die Migranten von Ceuta und verstärkt die kollektive Entscheidung.

Am Abend vor der Eröffnung der spanisch-marokkanischen Gipfelkonferenz in Sévilla und wie ein Schlag ins Gesicht der Mächtigen, die doch so fleissig ihre Interessen verteidigen, machen sich im Wald von Bel Younech etwa 500 Migranten bereit. Um 1 Uhr brechen sie im Gänsemarsch in Richtung Ceuta auf. Nach 3 Stunden kommen sie vor der Umzäunung an, an einer Stelle, wo sie gerade etwa 3 Meter hoch ist; die erste der fünf Gruppen legt die Leitern an, und alle anderen folgen. Alarmiert durch die Hunde bezieht das marokkanische Militär mit ihren Gewehren Stellung. Sie verursachen unmittelbar zwei Tote und zahlreiche Verletzte. Unter dem blendenden Licht der Scheinwerfer, die die Umgebung ableuchten, tritt die zweite Gruppe ihrerseits in Aktion und greift die Gitter an, sie gelangen bis zu den Stacheldrahtrollen, doch da werden sie bereits von den Wärtern aufgehalten, die sie zu Boden reissen und auf sie einzuknüppeln beginnen. Die Flüchtlinge der beiden Gruppen fliehen entlang des schmalen Korridors zwischen den beiden Zäunen und suchen einen Durchgang nach Ceuta, ohne erneut klettern zu müssen und von den Spaniern wie Kaninchen heruntergerissen zu werden. Die Guardia Civil versperrte mit ihren Fahrzeugen sofort die Tore des zweiten Zaunes. Sie schiessen mit Tränengas und Gummischrot auf jene, die ihn emporklettern. Sie töten 3 weitere Personen, allerdings ohne die Masse vom Überqueren abzuhalten. Weitere spanische Soldaten beginnen von marokkanischer Seite her in die Masse zu schiessen, um die Unentschlossenen der drei letzten Gruppen abzuschrecken. Etwa 225 Personen konnten bis nach Ceuta vordringen. Sie wurden umstellt und setzten sich nieder, gegen das Versprechen sie in die Stadt zu geleiten (wo sie einen Asylantrag stellen könnten). Um 4 Uhr morgens treffen die Anti-Riot-Einheiten ein und alle Flüchtenden wurden knallhart verprügelt, um sie dann umgehend den marokkanischen Autoritäten wiederauszuliefern.

Angesichts dieser Angriffe, die von sich reden machte und der 5 Toten, die einen Gipfel beschmutzten, der zum Ziel hatte den Erfolg der gemeinschaftlichen Anstrengungen beider Länder aufzuzeigen, wurde an der Grenze so gleich Verstärkung aufgeboden. Es zeigen sich nun 1600 Bewacher auf marokkanischer Seite und 480 Soldaten auf der spanischen, ausserdem wurden zusätzliche technische Mittel (wie z.B. 130 Infrarot-Überwachungsgeräte) installiert. Während die marokkanischen Autoritäten die Razzien vervielfachen, erklärt der spanische Sicherheitsbeauftragte, Antonio Camacho, dass «wenn diese Lawinen weitergehen, wird es äusserst schwierig sein, ihnen die Stirn zu bieten und ich schliesse keine weiteren ungewollten Situationen aus». Mit anderen Worten, das diejenigen, die kommen, um ihre Arbeitskraft zu niedrigen Preisen zu verkaufen, aus nächster Nähe abgeknallt werden. Ein jeder weiss, dass einmal eingeleitet, eine solche kollektive Entschlossenheit im Laufe von Monaten von Leiden, von Widerständen und enttäuschter Hoffnung geschmiedet, nicht so leicht durch Zwang gebrochen werden kann. Und dass das seinen Preis haben wird...

Eine Woche voller Hoffnung

Trotz diesen ganzen Vorkehrungen schwärmen am 3. Oktober, gegen 5 Uhr morgens, also weniger als eine Woche später, erneut 650 Migranten zum Angriff auf Melilla aus. Dieses Mal ist es ein 6 Meter hoher Stacheldrahtzaun, der mit selbstgefertigten Leitern erklommen wird. Erneut gelingt es etwa 300 bis nach Melilla vorzudringen, doch die Zahl der Verletzten (aufgrund von Schnitten, Schlägen, Treffern von Projektilen oder den Kreuzfeuern) ist beachtlich: 135 – 5 davon schwerverletzt. Während der Konfrontation wurden auch 7 Polizisten und Soldaten verletzt (einer leidet unter einem Schädeltrauma), die meisten aufgrund von Steinwürfen, während ein Teil der Metallumzäunung niedergerissen wurde. Als Repressalie verspricht der marokkanische Staat vor Ceuta einen Graben von 3 Metern tiefe zu graben. Kurz darauf findet im Wald von Bal Younech eine Menschenjagd statt. Die Lagerplätze werden in Brand gesteckt und alle 100 Meter werden Militärposten aufgestellt und permanente Jeepatroutillen durchgeführt. 130 Migranten sind hierbei verhaftet worden. Was die Umgebung von Melilla betrifft, sieht es etwas anders aus, denn dort bietet das Gourougou-Gebirge den Flüchtlingen Schutz...



Am 5. Oktober, zum fünften mal in acht Tagen, geht eine Welle von 500 Personen, aufgeteilt in zwei Gruppen, zum Angriff auf die militarisierte Einrichtung bei Melilla über. Sie nutzen eine der letzten Pasagen aus, bei der der Zaun «nur» drei Meter hoch ist. Die Schlacht ist brutal, aber etwa 65 Migranten können das doppelte Hinderniss überwinden, alle in einem miserablen Zustand. In dem Gedränge wurde ein Militärjeep umgekippt und ein spanischer Guardia Civil verletzt. Zwei neue Anti-Riot-Einheiten der Guardia Civil wurden sogleich zur Verstärkung beigezogen, während Zapatero die Konstruktion eines dritten «hochentwickelten», «unüberwindbaren» und... «unbeschädigbaren» Zaunes ankündigt. Er fragt bei der Europäischen Union an und erhält eine Zusage von 40 Millionen Euro für Marokko, und fordert im Gegenzug von diesem die Zulassung aller Illegaler, die durch sein Territorium aus Marokko nach Spanien gelangt sind (eigentlich dieselbe Sache, wie die Länder des Schengenraumes untereinander bereits anwenden).

Am 6. Oktober, gegen 3 Uhr morgens, wird von einer letzten massiven Welle die Überwindung der Grenze bei Melilla versucht, dieses Mal auf der Höhe von Rostrogordo. Anfänglich spricht die Presse von 1500 Personen, eine unwahrscheinliche Zahl, angesichts der intensiven Kontrollen in der Aufbruchzone, der grossangelegten Razzias (85 Festgenommene am Vorabend und 134 am Tag davor in Nador, in der Nähe von Melilla) und all der Verhaftungen während früherer Versuche. Wahrscheinlich waren es etwa 500, sowie beim vorhergehenden Mal. Dieses Mal gelingt niemandem die Überquerung und weitere sechs Flüchtende werden von den Ordnungskräften umgebracht (seit Anfang Sommer insgesamt 17 an diesem Grenzabschnitt). Die marokkanischen und Spanischen Truppen warteten alle wachsam entlang der Umzäunung. Es war ein Massaker. Über diese letzte tragische Nacht drangen nur wenige Informationen nach aussen, bloss über die Zahl der Ermordeten verlor man einige Zeilen. Juan José Imbronda, der Gouverneur von Melilla, gibt sich damit zufrieden, in einem Privat-Radio zu erklären: «Die marokkanischen Truppen haben mitgeholfen, das ist worauf wir warteten»...

massenhafte Deportationen

Spanien organisierte schnell die Rückführung über Malaga oder Algesiras nach Marokko, von all jenen, die diese so symbolische Landgrenze überschritten haben (die meisten Sans-Papiers kommen eigentlich über die Häfen und Flughäfen in Europa an). Einzig eine Gruppe von 140 Personen wurde davon ausgenommen. Daraufhin werden viele vom Büro für internationale Migration oder dem Roten Kreuz in einem Konvoi nach Oujda, an die algerische Grenze gebracht, von wo aus mehrere Charterflüge starten: Sechs Flugzeuge mit 140 Ausgewiesenen nach Senegal am 10. und 12. Oktober mit Royal Air Maroc und eine Boeing 747 nach Mali, die am 11. Oktober extra für 400 Ausgewiesene gebucht wurde, dem tags darauf ein Flugzeug mit weiteren 200 folgt. 2400 andere Afrikaner (Kongolesen, Ivoirier, Guineer, Gambianer,...) wurden seit anfangs Oktober mit

Bussen in die westliche Sahara ausgeschafft, in den Teil der Wüste, der an Mauretanien und Algerien grenzt.

Am 9. Oktober brach ein kleiner Skandal aus, als 500 von ihnen in der Zone von Bouarfa wiedergefunden wurden, nachdem sie mehrere Tage lang vor der algerischen Grenze ohne Wasser und Lebensmittel in der Wüste verloren waren. Daraufhin wurden sie in der Militärbasis von Taouima und von Berden (bei Guelmin) eingesperrt. Dort, trotz oder vielleicht gerade wegen der von den Soldaten auferlegten, unmenschlichen Bedingungen, kämpften sie mit einem Hungerstreik weiter, um ihre Befreiung zu beantragen. Nach anderthalb Monaten Haft wurden sie alle in ihre Herkunftsländer (Senegal, Mali, Kamerun, Guinea, Gambia) oder in die algerischen Lager ausgewiesen. Desweiteren finden anfangs Dezember in Algerien grossflächige Razzien statt und die Flüchtlingslager, wie jenes von Maghnia (Grenzstadt gegenüber von Oujda) werden geleert, um ihrerseits eine gewisse Anzahl Menschen in die Wüste nahe der malinesischen Grenze zu deportieren.

Alles geht weiter...

Es ist überflüssig zu sagen, dass das Verschieben der Grenze nichts verändert hat, ausser der Anzahl Toter, angesichts der schwierigeren Überquerung. Die Pateras (Bootflüchtlinge) starten nun mit immer mehr Menschen von Mauretanien und Senegal aus in Richtung kanarische Inseln, anstatt von Marokko; und in letzter Zeit auch eher von El Ayounne als von Ceuta. Die Immigranten, denen es gelingt nach Marokko zu gelangen, um die Überquerung nach Europa zu versuchen, haben sich vom Wald des Gourougoubes bei Melilla aus in den Wald des Maiwari, in der Nähe von Nador, zurückgezogen. Das einzige, das sich nicht von der Stelle gerührt hat, sind die Lichter der spanischen Stadt, die, trotz der Verstärkung der Grenzen, weiterhin Flüchtlinge anzieht (in den ersten fünf Monaten von 2008, wurden in der Zone 960 Flüchtlinge festgenommen). Die Verstärkung der Grenze besteht im Moment aus einem erstmaligen System von mobilen Zaunpfosten, um zu verhindern, dass die Angreifer Leitern anlegen können, gefolgt durch ein Gewirr von Kabeln und Seilen, zwischen 6 und 12 mm dick, die sich durch das Gewicht der Angreifer lockern, um diese aufzuhalten. Die erste Umzäunung verfügt über ein Alarmsystem und einen Verteiler von auf Pfeffer basierendem Tränengas, der auf Druck reagiert. Der Alarm schaltet auch die extrem starken Scheinwerfer ein, die alle 125 Meter aufgestellt wurden. Darüberhinaus gibt es Radar und diverse Bewegungsdetektoren. Auf einem Grenzstück von rund 10 km stehen 17 Überwachungstürme. Dieses technologische Spielzeug, MIR genannt (radikal intelligente Mauer), das zu Beginn des Sommers 2006 installiert wurde, kostete bloss eine Bagatelle von 20 Mio. Euros, und überlässt die Drecksarbeit den Marrokanern. Diese installierten alle hundert Meter einen militärischen Posten, von wo aus sie mit Maschinengewehren und Hunden patrouillieren. All dies wird durch europäische Fonds finanziert.

Wir könnten es hierbei belassen; bei der Herrschaft, die in dieser Episode des sozialen Krieges die Oberhand gewinnt, wenn da nicht neue Informationen angekommen wären, die uns daran erinnern, dass die Geschichte kein zeitliches Kontinuum ist, mit einer abgeschlossenen Vergangenheit und einer ewigen Gegenwart, sondern sich sprunghaft vorbewegt. Diese, auf Selbstorganisation, Solidarität und Mut basierten Kämpfe von Flüchtlingen, hätten zu Beginn des Sommers 2005 auch enden können. Aber...

Am 21. und 22. Juni 2008, kommt es erneut zu zwei massiven Erstürmungen, wobei Flüchtlinge erfolgreich den Zugang zu Melilla erzwingen können und sich dadurch ermöglichen, in die spanischen Enklaven einzudringen. Der Ansturm vom Juli 2006, bei dem der Grenzposten von Beni-Asnar (in der Nähe von Nador) direkt angegriffen wurde und ein Angreifer das Leben verlor, wiederholt sich. Am 21. Juni, um ungefähr 4.30 Uhr, fallen rund 70 Flüchtlinge die Bewacher mit Steinen und Stöcken an. Als kompakte Gruppe überrumpeln sie die marrokanischen und spanischen Wächter (drei werden dabei verletzt) und ungefähr 50 gelingt es, die Grenze zu überqueren, worauf eine grossangelegte Hetzjagd ausgerufen wird. Einige werden auf Bäumen oder unter Autos aufgefunden. Alle Festgenommenen werden in einem Internierungszentrum eingesperrt; die nächste Etappe auf dem Weg zu einer möglichen Freilassung in den Strassen des Kontinents. Deutlich inspiriert, wird am folgenden Abend, um 21:15, der Angriff durch eine kleinere Gruppe wiederholt, die von dem Geschrei bei einem Goal, während des Viertelfinals von Euro 2008, zwischen Spanien und Italien profitieren, diesmal jedoch mit weniger Erfolg.

Diese neue Episode erinnert uns daran, dass, solange Staaten und Grenzen bestehen, keine einzige Mauer stark genug sein wird, wie technologisiert auch immer sie sein mag, um die Wut und die Hoffnung der Beherrschten, auf der Suche nach einem besseren Leben, zu bezwingen. Es wird immer Wälder und Berge geben, von wo aus die Anstürme auf diese tote Welt hervorkommen werden. Von den abgelegensten Wüsten, bis in die Herzen der Metropolen.

Ein Sans-Patrie

DER KAMPF GEGEN DIE AUSSCHAFFUNGSGEFÄNGNISSE IM SALENTO



Die italienischen Ausschaffungsgefängnisse (früher CPT, heute CIE genannt) sind Strukturen, die 1998 von der Mitte-Links Regierung mit dem Turco-Napolitano Gesetz errichtet wurden. Der Zweck dieser Strukturen ist die Einsperrung aller illegalen Migranten, das heisst all jener, die ohne reguläre Papiere auf dem nationalen Gebiet festgenommen werden, solange, wie es erforderlich ist, um ihre Identität festzustellen und ein Ausschaffungsgesuch einzureichen. Die maximale Haftdauer in den Zentren wurde durch das Bossi-Fini Gesetz über die Migration von 2001 von 30 auf 60 Tage, dann im Juli 2009 durch ein weiteres Gesetz auf 6 Monate erhöht.

Wieso die CPT als Ziel eines spezifischen Kampfes?

Die Entscheidung, einen kontinuierlichen Kampf gegen die Ausschaffungsgefängnisse im Allgemeinen und gegen jenes im Salento, Regina Pacis, im Speziellen zu führen, entstand aus der Notwendigkeit, die Kräfte längerfristig auf ein einzelnes Ziel zu konzentrieren, um dem Kampf Konkretheit und Greifbarkeit zu geben. Dieser Kampf wurde nicht auf exklusive oder spezialisierte Weise angegangen und war auch nicht auf einen Teilbereich ausgerichtet. Er ging von der Überzeugung aus, dass die Zentren und die Repression, die mit ihnen einhergeht, nur einer unter vielen Ausdrücken der staatlichen Gewalt und der Herrschaft über ein Territorium darstellen. Es bot sich ihm in den Apuillen ein breiter Raum, da diese Zone [beim Absatz des italienischen Stiefels, Anm.d.Ü.] seit jeher ein Grenzgebiet ist (es ist kein Zufall, dass es in dieser Ecke vier Zentren gab). Die Präsenz von Strukturen dieser Art in den Apuillen und der Region des Salento machten, dass sich dieses Durchgangsgebiet für die Leute, die aus dem Osten ankommen, in eine zwangsläufige Aufenthaltszone verwandelt hat, was eine wachsende Militarisierung und eine soziale Kontrolle zur Folge hat, die im Grunde alle betreffen. Weiters bringt die Tatsache, Individuen in diesen Zentren zusammenzupferchen, mit der Kreierung des Migranten als Feindbild in der gesellschaftlichen Vorstellung, eine enorme mediale Beeinflussung und eine disbezügliche Konfrontation mit den Ausgebeuteten vor Ort mit sich. Im

Glauben, einer Invasion von Verzweifelten gegenüber zu stehen, tendieren diese oft dazu, die Migranten als eine riesige Reserve billiger Arbeitskraft zu betrachten, bereit, ihnen die wenigen erhältlichen Arbeitsplätze wegzunehmen. Aber auch dazu, sie als Kriminelle zu betrachten, während sie die rassistische Propaganda der Medien und des Staates, die einen Sündenbock kreiert, auf den es die eigenen Ängste zu richten gilt, tatsächlich schlucken und so umgehen, sich den wirklichen Problemen zu stellen. Mit der Häufung von „Terrorismuswarnungen“ oder der Erfindung der „arabischen Gefahr“ hat sich in diesen letzten Jahren und allgemeiner mit der Angst gegenüber allem Fremden alles noch verstärkt.

In diesem Sinne ist die Tatsache, einen Kampf gegen die Ausschaffungsgefängnisse, die Ausschaffungen und ihre Welt zu führen, weder eine humanitäre Frage, noch eine Form von anti-rassistischem Demokratismus oder Drittweltlerum, welche die Migranten als das neue revolutionäre Subjekt betrachten, sie bedeutet vielmehr, sich in den Individuen wiederzuerkennen und sich mit den Individuen zu solidarisieren, die unter ähnlichen Bedingungen der Entwurzelung und der Ausbeutung leben, und zu beginnen, eine bestimmte Struktur der Macht anzugreifen. Die Militarisierung ganzer Stadtteile, die Razzien, die immer dichteren Kontrollen oder die immer unausstehlicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen, die man uns auferlegt, betreffen schliesslich ebenso die Migranten, seien sie regulisiert oder nicht, wie die lokalen Ausgebeuteten.

Wann und wie hat der Kampf begonnen?

Als 1998 in Italien entschieden wurde, Ausschaffungsgefängnisse einzurichten, hat sich die Verwendung des von der Kurie von Lecce verwalteten Zentrums „Regina Pacis“ in San Foca umgehend verändert. Während es schon im Vorjahr mit den massenhaft ankommenden Flüchtlingen aus Albanien vollgestopft wurde, so wurde das Gebäude ursprünglich als Ferienkolonie für Kinder verwendet - schon damals von der Kirche verwaltet - und später verlassen. Dieser alte Verwendungszweck erklärt, wieso sich seine Struktur sehr von derjenigen der neueren oder renovierten Zentren unterscheidet, die, ihrerseits, sehr deutlich einem gewöhnlichen Gefängnis gleichen. Um diesem Umstand abzuwehren, wurde „Regina Pacis“ zahlreichen architektonischen Modifikationen unterzogen, die mittlerweile, trotz der Bemühungen seiner Verwalter, der Medien und der Politiker, die es weiterhin als einfaches Auffangzentrum hinstellen wollen, seine wahre Gefängnisnatur nicht mehr verbergen können. Die Sicherheitsmassnahmen im Innern werden stetig erhöht, begleitet von einer wachsenden Militarisierung des Gebäudes. Die abgeschottete Situation jener, die im Zentrum von San Foca eingeschlossen wurden, ist also immer mehr nach draussen gelangt, was das Interesse und die Aufmerksamkeit gegenüber diesem Ort anwachsen liess.

Ab 2001 begann eine erste Verbreitung von Gegen-Information damit, die wirkliche Funktion von Regina Pacis zu erklären, aber auch damit, der Tonart entgegenzuwirken, mit der die wirtschaftlichen und staatlichen Mächte das in der Gegend von Natur aus präsenste Phänomen der Migration als eine „Invasion“ darstellen, die es zu bremsen und in Schranken zu weisen gilt. Im Laufe dieser Periode fanden Versammlungen und Demonstrationen statt, die auch andere antagonistische Realitäten als die unsere miteinbezogen. Sie verliefen parallel zur Welle von Ereignissen, die im Innern des Zentrums aufeinanderfolgten (Ausbruch ansteckender Krankheiten, Hungerstreiks, Interventionsgesuche, um nicht in Gebiete zurückgeschickt zu werden, in denen Krieg herrscht oder ihnen der Tod droht, wie dies bei den Kurden der Fall war), und zu dem, was sich auf nationaler Ebene abspielte (Gipfel und Treffen von Staatschefs, die die Kontrolle der Migrationsflüsse zum Thema hatten). Anfangs 2002 hat uns die Verbreitung eines Textes in Italien, der von einigen Gefährten zum Thema der Migration geschrieben wurde [„An die Umherirrenden“], und seine lebendige Kritik durch die rassistische Propaganda, Atem gegeben, um eine kontinuierliche Agitation zu beginnen. Denn wir haben in unserer Region wiedererkannt, was darin auf nationaler Ebene beschrieben wurde. Von da an wurden Infotische, Flugblätterverteilen und Kleistern zu Instrumenten grösster Wichtigkeit, nicht nur um stetig die polizeiliche Funktion des Zentrums von Regina Pacis als ein fundamentaler Bestandteil des Mechanismus zur Einschliessung und Ausbeutung der unerwünschten Ausländer zu demaskieren, sondern auch, um sich der Kriminalisierung der Ausländer als solche entgegenzustellen und die direkte Verbindung zwischen der Wirtschaft und der „Illegalisierung“ von Individuen zu erklären (die Kreierung

einer grossen Menge sehr abhängiger Arbeitskraft, wahrer moderner Sklaven). Weiters war unsere Informationsverbreitung ein nützliches Instrument, um die Interessen zu enthüllen, die die Kurie von Lecce (und die anderen Institutionen) antrieben, solche Orte zu verwalten, Interessen, die selbstverständlich in erster Linie wirtschaftlicher Natur sind. Und dies im Hinblick auf die Tatsache, dass der Staat für jeden eingeschlossenen Migranten eine grosszügige Tagesrente auszahlt, eine Rente, die je nach Zentrum variiert, die jedoch im Fall von demjenigen im Salento eine der höchsten war. Dies wurde wiederum durch die Tatsache bestätigt, dass die Stiftung Regina Pacis im Laufe der Jahre, während sie ein anderes Zentrum in der Provinz von Mantova und fünf weitere in Moldawien eröffnete (das letzte wurde am 7. September 2004 eingeweiht), ein wahrhafter multinationaler Konzern der „Barmherzigkeit“ wurde, der sich um praktisch alles kümmert: von der „Aufgreifung“ von Prostituierten bis zu der von Strassenkindern oder Flüchtlingen. In einem Interview behauptete der Direktor der Stiftung, dass Moldawien „jedes Jahr zehntausend illegale produziert“, ein weiterer Beweis, dass sie mittlerweile als Waren betrachtet werden.

Wie ging der Kampf weiter?

Ein Ausschaffungsgefängnis besteht nicht nur aus jenen, die es verwalten. Wenn auch banal, ist diese Feststellung fundamental: wenn diese Orte und alles, was an sie gebunden ist, auf den ersten Blick unantastbar und unzugänglich scheinen, so bestehen sie in Wirklichkeit aus Strukturen, Menschen und Mitteln. Dieser elementare Aspekt wurde näher ausgeführt, indem Informationen über jene gesammelt wurden, die mit ihnen kollaborieren, Unternehmen und Personen, die ihre Arbeit oder ihre Dienste verkauften, oder aus diversen Gründen von der Stiftung abhingen: Arbeiter, Büroangestellte, Doktoren, Bullen, Verantwortungspersonen, Elektriker, Lieferanten, etc., Parallel zu dieser Aktivität haben sich die Solidaritätsversammlungen vor den Mauern des Zentrums gehäuft, vor allem infolge der Intensivierung der Revolten im Innern und des Anstiegs diverser mehr oder weniger geglückten Fluchtversuche. Nach und nach wuchs auch die Anzahl Personen, die in den Kampf verwickelt waren, sowie die direkten Aktionen und die verschiedenen Methoden, die Ausschaffungsgefängnisse zu kritisieren. Das ganze Salento sah folglich die Anzahl Infotische, verteilter Flugblätter, gekleisterter Plakate, Sprayereien und Protestmomente während öffentlicher Veranstaltungen der Verwalter des Zentrums oder während institutionellen Treffen über Migration ansteigen, gleichzeitig wie mit jener der anonymen Brandanschläge, aber nicht nur, gegen die Banken, die das Geld der Stiftung verwalten, oder gegen andere Strukturen, die mit ihr verbunden sind.

Die Beobachtung und die Studie der Kurie von Lecce und der Stiftung Regina Pacis haben sogar erlaubt, Nebenaktivitäten auszumachen, die, wenn sie nicht direkt mit dem Zentrum selbst verbunden waren, jedenfalls von denselben Personen ausgeführt wurden und ein Glied derselben Kette waren. Ein Glied, das ihnen wie beim „Projekt Marta“ erlaubte, durch das Sammeln und Verteilen von Nahrung

an die Obdachlosen, an die Armen und selbst an Migranten ein Bild von Wohltätern abzugeben.

Der am wenigsten geglückte Aspekt des Kampfes war zweifellos derjenige, dass es uns trotz einiger Versuche nicht gelang, die Direktbetroffenen der Ausschaffungsgefängnisse und der Ausschaffungen, das heisst, die im Salento lebenden Migranten zu erreichen; dies ist gewiss ebenso an unseren Mangel an Kontinuität im Versuch, Verbindungen mit ihnen zu kreieren, wie an eine schwierige Situation gebunden, die sie unter Druck setzt und sie von den Ordnungskräften leicht bedrängbar macht.

Die Ziele des Kampfes

Das Ausschaffungsgefängnis von Regina Pacis zu schließen. Dies war selbstverständlich das Hauptziel, und, trotz einiger natürlicher Müdigkeitsmomente, hat es keine Waffenruhe gegeben, solange es geöffnet blieb. Die starke Repression durch die Festnahmen, die gerichtlichen Verfolgungen, die Attacken während Versammlungen, die Prügel und die Einknastung eines Gefährten haben den Kampf nicht aufgehalten. Ganz im Gegenteil, er hob das Konfrontationslevel nur an und stellte die Stiftung Regina Pacis ins Zentrum von immer schärferen Polemiken. Gegen Ende des Jahres 2004 haben einige Vertreter der Kurie von Lecce die Info verbreitet, dass die Stiftung ab 2005 nicht mehr beabsichtige, den Vertrag mit dem Italienischen Staat als Ausschaffungsgefängnis zu erneuern, sondern ihre Struktur in ein Auffangzentrum umwandeln will. Da aber die Auffangzentren laut Gesetz nicht mehr existieren, konnte sie bestenfalls davon sprechen, Regina Pacis in ein Zentrum zur ersten Identifikation umzuwandeln, also eher etwas komisches, da solche Zentren vor allem in Zonen existieren, in denen viele Migranten ankommen, was, wie der Innenminister selbst behauptete, in den Apuillen nicht mehr der Fall ist, und da es ein solches Zentrum in Otranto bereits gibt. Wie dem auch sei, die Zentren zur ersten Identifizierung (die neue Gesetzgebung hat den Namen und das Wesen dieser Zentren geändert, indem sie in Zentren für Asylsuchende [CAM] umgewandelt wurden) sind ein Zahnrad des niederträchtigen Mechanismus, der die Einschliessung und Verfolgung von unerwünschten Fremden vorsieht.

Nach dieser Ankündigung haben zahlreiche mehr oder weniger institutionelle „Gegner“ ihre Rolle vorgeschoben, als ob sie bei der Schliessung von Regina Pacis ausschlaggebend gewesen wäre. Es sollte aber präzisiert werden, dass diese Schliessung aus mehreren Gründen geschah. Zunächst zahlte sich die Sache nicht mehr aus, denn die Probleme begannen die Profite jener zu übersteigen, die es dann bevorzugten, etwas weiter weg zu „investieren“. Neben dem beträchtlichen und konstanten Druck, der durch den Kampf auf die Kurie von Lecce und auf Regina Pacis ausgeübt wurde, muss man auch das schlechte Image vor Augen halten, das sie mittlerweile erhielten, in Folge eines grossen Prozesses für das Prügeln einer Gruppe von Nordafrikanern oder in Folge der zahlreichen Ausbrüche und Revolten, die im Sommer 2004 besser als alles andere das wirkliche Wesen des Zentrums aufzeigten und das Problem der Existenz dieser Struktur hier, in einer für Touristen bestimmten Meereszone aufwirft. Dies ist auch der Grund, wieso der Stadtrat von San Foca, der Gemeinde, in der sich das Zentrum befindet, dazu kam, zu fragen, ob es nicht wo anders hin verlegt werden könne, obwohl er nicht aus ideologischen oder humanitären Gründen dagegen war. Jedenfalls wurde von vielen Seiten Druck ausgeübt, und selbst die am wenigsten reaktionäre Tendenz von Caritas war gegen die Tatsache, dass die Kurie von Lecce, als letzter Fall dieser Art in Italien, einen solchen Ort direkt verwaltet [die anderen wurden humanitären, manchmal religiösen Unternehmen wie dem Roten Kreuz oder der Misericordia anvertraut].

Von 2003 bis 2008 wurde eine spezifische Zeitschrift zum Thema Ausschaffungen, *Tempi di guerra*, realisiert und verteilt. Sie entstand aus dem Zusammentreffen von verschiedenen Gefährten aus ganz Italien und war ein nützliches Instrument zur Informationssammlung, zur Korrespondenz zwischen den Kämpfen und zur Vertiefung. Infolge der Schliessung des Zentrums von Regina Pacis wurde ein neues CIE in den Apulien, in Bari San Paolo gebaut, das das CPT von San Foca teilweise ersetzte. An diesem neuen Ort sind die Ausbrüche und Versuche bereits zahlreich, trotz der Tatsache, dass seine völlig neue und neben der Zitadelle der Guardia di Finanza gelegene Struktur der eines Hochsicherheitsgefängnisses gleichkommt.

Die Existenz aller Ausschaffungsgefängnisse, dieser modernen Lager, ist unertragbar und untolerierbar. Ihre düstere Ausbreitung drängt uns dazu, ihre völlige Zerstörung zu wünschen und, auf konkrete Weise, unser bestes zu tun, damit dies auch geschieht.

Einige Feinde aller Grenzen

[Publiziert in *Terra Selvaggia* (Pisa), nr. 15, Oktober 2004, dann überarbeitet im Oktober 2009 von seinen Autoren, um als Einleitung zum Buch *Lecce (Les indésirables)* von Mutines Seditions zu dienen, das mittlerweile auch auf Niederländisch existiert.]

Anmerkungen

Im März 2005 hat Regina Pacis definitiv seine Pforten geschlossen. Einige Tage später wurde sein Direktor don Cesare Lodeserto unter der Anklage eingeknastet, immigrierte Frauen vergewaltigt zu haben, die im Rahmen eines, vom Gesetz über die Migration vorgesehenen Programmes zur Aufgreifung von Prostituierten im CPT eingeschlossen waren. Seither musste er sich mehreren anderen Prozessen stellen, hauptsächlich unter der Anklage der „Entwendung von Fonds“ und „häusliche Gewalt“. Um ihn zu retten, hat ihn die Kurie von Lecce als Missionar nach Moldavien geschickt, wo die Stiftung Regina Pacis zahlreiche Zentren verwaltet.

Was seine eingefleischten Feinde betrifft, so hielt ihnen der Staat die Anklage „Untergrabung der demokratischen Ordnung“ bereit, was mehrere Gefährten in jahrelange Präventivhaften für Taten brachte, die mit dem Kampf gegen das Ausschaffungsgefängnis in Verbindung standen. Nach unserer Verurteilung in erster Instanz für „Vereinigung von Übeltätern“ und nicht für „Terrorismus“ wie es die Anklage forderte, müsste der Urteilsspruch bald fallen*. Die Urteile erster Instanz gegen sechs Anarchisten lagen zwischen 4 Monaten und 5 Jahren geschlossener Haft.

*Der Urteilsspruch ist am 9. Dezember 2010 vor dem Berufungsgericht gefallen (der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt) und lautete nun für 12 Angeklagte „einfache subversive Vereinigung“ und für 4 der Gefährten, die schwerere Strafen erhielten, „Vereinigung von Übeltätern“ und spezifische Delikte. Der Gefährte, der als Begründer der Vereinigung hingestellt wird, erhielt 5 Jahre und 4 Monate, andere erhielten 2 Jahre und 8 Monate, 2 Jahre und 7 Monate, 1 Jahr und 11 Monate. Zwei weitere, die in erster Instanz nur für spezifische Delikte angeklagt waren, sahen ihre Strafe auf 1 Jahr und 7 Monate steigen. Alle anderen, die in erster Instanz freigesprochen wurden, erhielten diesmal von 1 Jahr bis zu 1 Jahr und 8 Monaten Haft.



AN JENE, DIE WAEHREND DES STURMES NICHT DRINNEN GEBLIEBEN SIND

Über den Prozess gegen die Anarchisten von Lecce und den Kampf gegen die Ausschaffungszentren

Am 9. Oktober begann in Lecce der Prozess, der gegen zwölf Anarchisten einberufen wurde, die – nebst einer Reihe von Aktionen gegen gewisse, sich an dem Krieg und Genozid der südlichen Bevölkerungsgruppen bereichernden multinationalen Konzerne – dem Verbrechen beschuldigt werden, während Jahren einen konstanten und entschlossenen Kampf gegen das Lager für Immigranten in San Foca geführt zu haben.¹ Ein weiteres Mal basiert der Prozess auf dem Artikel 270bis («subversive Organisation mit terroristischen Zielen»), mit welchem in den letzten Jahren bereits so viele Revolutionäre, Rebellen oder einfache linke Militante ohne den geringsten Beweis im Gefängnis gelandet sind. Um der «subversiver Organisation» angeklagt zu werden, reicht künftig ein simpler Slogan an einer Mauer.

Doch dies ist nicht so sehr, was wir zu sagen haben. Wir wissen, dass die Gesetze des Staates Spinnenweben für die Reichen und stählerne Ketten für die Armen sind. Genauso haben wir die Bedeutung dessen, was gerecht ist, nie in den Artikeln des Strafgesetzes gesucht. Das, was uns interessiert, ist hervorzuheben, was diese Anarchisten gefährlich macht und was universell ist an ihrem Kampf.

In den letzten Monaten kam es zu grossen Diskussionen über die «Centri di Permanenza Temporanea» (CPT, geschlossene Asylzentren). Nachdem einige journalistische Reportagen, die unmenschlichen Umstände aufzeigten, in denen die Frauen und Männer, die in diesen Strukturen eingesperrt sind, zu überleben versuchen, sind sich die verschiedenen politischen Kräfte über die Verantwortung einer solchen «Verwaltung» in die Haare geraten. Doch zur Frage steht nicht die Art ihrer Verwaltung, sondern vielmehr ihr Bestehen an sich. Die 1998 in Italien durch die

mitte-links Regierung mit dem Turco-Napolitano Gesetz (gewählt von den Grünen sowie der Rifondazione Comunista) eingeführten CPT Lager sind in all ihren Facetten, genauso wie die faschistischen und die Nazi-Konzentrationslager (und davor die kolonialen Lager wie in Kuba oder Süd-Afrika), Orte, in die man eingeschlossen wird, ohne irgendein Delikt begangen zu haben und in denen man der Verfügung der Polizei völlig ausgeliefert ist. Dass die Zustände in den Lagern aussichtslos sind, das Essen verrottet und die Behandlung konstant schlecht ist, sind zwar schreckliche Folgen, aber nicht die Essenz des Problems. Es braucht nur wenig, um dies zu begreifen.

Was für einen Italiener ein einfaches «administratives Delikt» ist (keine Papiere bei sich zu haben), ist für einen Migrant zu einem Delikt geworden, das dazu führen kann, eingesperrt zu werden. Wie uns die Geschichte lehrt – es reicht aus, an die rassistischen Gesetze aller Staaten zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg zu denken – ist es notwendig, zuerst die Gleichung Migrant=Verbrecher aufzustellen, bevor man solche Konzentrationslager zu errichten beginnt. In diesem Sinne müssen wir auch die Gesetzesgebung – von Rechts sowie von Links – über die Immigration in Italien lesen (aber man könnte auch sagen von Europa und überall). Wenn dieselben Kriterien, die zum Erreichen einer Aufenthaltsgenehmigung für die Immigranten, auf sogenannte Bürger angewandt würden, wären wir zu Millionen eingesperrt oder in der Klandestinität. Wie viele Italiener können tatsächlich vorweisen, dass sie reguläre Arbeit haben? Wie viele leben mit mehr als drei Personen in einer Wohnung von 60 Quadratmetern,

wissend, dass ein Vertrag mit einem Temporärbüro nicht ausreicht um eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen; wie viele von uns wären dann «regulär»? All dies als ein Rassismus des Staates zu definieren, ist keine rhetorische Schwülstigkeit, sondern eine strikte Feststellung.

Heutzutage sind die CPT (oder genereller, alle Formen des administrativen Einschliessens: Von den Identifikationszentren bis zu den «Wartezonen», wo Flüchtlinge oder Asylsuchende festgehalten werden) die Verdinglichung dieses Rassismus. Und gerade da der Stacheldraht seit sechzig Jahren das Symbol der Lager und der totalen Unterdrückung ist, hat die unfreiwillige Kohärenz der Macht diese neuen Lager mit Stacheldraht und Hecken umringt. Genau so wenig ist es ein Zufall, dass das administrative Einschliessen, schon immer ein typisches Mittel der kolonialen Herrschaft, sich heutzutage überall auf der ganzen Welt verbreitet (von den palästinensischen Gettos nach Guantanamo, von den englischen Kerkern, wo Immigranten wegen «verdächtigung auf Terrorismus» eingesperrt werden, bis zu den italienischen CPT). Man bombardiert und massakriert im Namen der «Menschenrechte», während man im selben Moment, millionen von Unerwünschten auf brutale Weise jegliches «Recht» entzieht und sie in Lagern einschliesst, die durch die Polizei bewacht und der «Fürsorge» einiger «humanitären Organisationen» anvertraut werden.

Wenn die CPT Lager sind – wie sie nun viele Leute nennen – dann ist es völlig logisch, sie vernichten zu wollen und den Männern und Frauen, die darin eingeschlossen sind, dabei zu helfen, auszubrechen. Es ist logisch, die Kollaborateure, die die Lager erbauen und verwalten, anzugreifen. Dies dachten die Anarchisten von Lecce. Also haben sie, inmitten der allgemeinen Gleichgültigkeit, die Verantwortung der Verwalter des CPT von San Foca – soll heissen die Kurie* von Lecce, durch die Stiftung “Regina Pacis” – und die untragbaren Umstände in denen sich die Eingeschlossenen befinden, öffentlich angeklagt. Sie haben Aussagen, Tatsachen und Angaben gesammelt und sich organisiert. Sie sind ein Dorn im Auge geworden für die Kurie und die lokale Macht. Bereits im Sommer 2004 wird einer von ihnen festgenommen, weil er versucht hat, einigen Immigranten während der Revolte, die im Zentrum “Regina Pacis” ausgebrochen ist, bei der Flucht zu helfen. Sie waren an den Festen im Dorf anwesend, um die Namen und Vornamen der Polizisten bekannt zu machen, die für die Schläge in den CPT verantwortlich sind, die der Ärzte die sie deckten und des Direktors der dreinschlug, Menschen zu Geiseln nahm und verschiedene Muslims dazu zwang Schweinefleisch zu essen. All dies taten sie, ohne jemals das Ziel aus den Augen zu verlieren: diese Lager

für immer zu schliessen und nicht, sie “menschlicher” zu machen. Während all das stattfand, trafen einige anonyme Aktionen die Banken, die das CPT finanzieren und auch die Besitztümer der Kurie und von Don Lodeserto, dem Direktor der Stiftung “Regina Pacis”, wurden angegriffen. Diese Anarchisten waren bereit, diese Aktionen öffentlich zu verteidigen. Die Autoritäten konnten das Problem nicht länger verbergen. Was tun sie also darauf? Zuerst einmal haben sie Don Lodeserto inhaftiert, unter der Anklage von Geiselnahme, Missbrauch öffentlicher Güter, privater Gewalt und der Verbreitung falscher Gerüchte (der Prälat sendete sich selbst Drohbriefe, die er danach den “malavita albanaise” zuschrieb). Daraufhin haben sie das CPT von San Foca geschlossen, Lodeserto erst unter Hausarrest und später zurück in Freiheit gestellt und dann schlussendlich die Anarchisten eingesperrt, um sie für einige Jahre los zu werden. Die Vorsitzenden haben den Priester auf eine verblüffende Art und Weise verteidigt. Zur Verteidigung der Anarchisten gab es besten Falls noch aufrechte Vorurteile. Recht wurde gesprochen...



Aber etwas läuft nicht so geschmiert. Das Kartenhaus der Beschuldigung gegen die Rebellen ist unpraktisch und wackelig erbaut, und vorallem, der Kampf gegen die CPT wird in ganz Italien kräftiger. Im April 2005, klettern die Eingeschlossenen des Lagers bei Corelli in Milano auf die Dächer, schneiden sich die Adern auf und schreien die universellste aller Forderungen hinaus: Freiheit! Gefolgt durch die Immigranten von dem CPT Brunelleschi in Turino, breitet sich die Revolte aus nach Bologna, Rom und Crotona. Verschiedenste unter ihnen schaffen es auszubrechen, während die praktische Unterstützung des Kampfes ausserhalb der Mauern sich zu organisieren beginnt. Gleichzeitig mit den Demonstrationen und Initiativen, die die Verantwortung jener, die sich an Deportationen von Immigranten bereichern, anklagen (von Alitalia bis zum Roten Kreuz, von den Transportbetrieben bis zu den privaten Betrieben, die bei der Verwaltung der Lager beteiligt sind), mangelt es auch nicht an kleinen Sabotageakten. Und während dieser spontanen Konvergenz, die das Geheimnis aller Kämpfe ist, verbreiten sich die Straftaten, deren die Anarchisten von Lecce beschuldigt werden.

Es ist diese – noch schwache aber wachsende – Bewegung, die öffentlich das Problem der CPT zur Sprache gebracht hat, die die linken Politiker mit ihren jämmerlichen Versuchen, die Verantwortung für die Lager, der rechten Regierung in die Schuhe zu schieben, weggewiesen hat.

Dass dies alles einige Turbulenzen verursachte, zeigt sich durch die Äusserungen des Innenministers Pisanu über die Anarchisten, die die Immigranten «zur Revolte anstacheln» (als ob die unmenschlichen Umstände, in denen sie leben, an sich nicht schon eine permanente Provokation wären), und über die Notwendigkeit der CPT, dem «Terrorismus» zu entgegnen (Es ist eigentlich bekannt, dass Leute, die den Polizeikontrollen entgehen wollen, um einen Anschlag zu verüben, sich ohne Papiere bewegen). Weshalb?

Die CPT enthüllen nicht nur den Ausschluss und die Gewalt als Fundamente der Demokratie, sondern auch die tiefgehenden Verbindungen zwischen dem permanenten Krieg, dem Rassismus und der Militarisierung der Gesellschaft. Es ist kein Zufall, dass das Rote Kreuz bei militärischen Konflikten, auf der Seite der Armee präsent ist und sich gleichzeitig bei der Verwaltung verschiedener Lager in Italien beteiligt. Es ist genau so wenig ein Zufall, dass es an «antiterroristischen Übungen» teilnimmt, mit welchen uns die Regierung an Krieg und Katastrophen gewöhnen will. Die Kriminalisierung aller Migranten – dem Sündenbock für das kollektive Elend – ist schon seit jeher das Erkennungsmerkmal sterbender Gesellschaften und im selben Moment ein sehr präzises Projekt der Ausbeutung. Wenn die papierlosen Immigranten nicht unter dem Terror des Eingeschlossenseins leben würden und nicht in ein Land zurück geschickt würden, wo sie oft nur Krieg, Hunger und Verzweiflung erwartet, dann würden sie bestimmt nicht für zwei Euro auf die Stunde, auf einer Baustelle des einen oder anderen riesen Bauprojektes arbeiten. Und ihre toten Körper würden, nachdem sie von den Gerüsten gefallen sind, nicht mit einer Ladung Zement bedeckt. Der Fortschritt braucht sie: Darum illegalisiert sie das System, ohne sie alle auszuschaffen; man «empfängt» sie in den Lagern, man untersucht sie, selektiert sie auf der Basis von Abkommen mit dem Herkunftsland und anhand ihrer Unterworfenheit vor dem Chef. Das Schicksal, das sie erwartet, ist die Spiegelung einer Gesellschaft im Krieg (gegen die ökonomischen und politischen Konkurrenten, gegen die Bevölkerung, gegen die eigenen natürlichen Begrenzungen).

Eines der ersten Opfer dieser totalen Mobilisation, ist die Bedeutung der Worte. Dass sich in die tagtägliche Sprache Ausdrücke wie «humanitärer Krieg» eingeschlichen haben – oder dass ein Lager «Auffangzentrum» genannt wird – sagt viel aus über die Trennung zwischen dem Horror, der uns umgibt und den Worten, die ihn benennen. Diese Trennung, ist gleichzeitig eine Betäubung unseres Gewissens. Sie nennen die CPT «Lager» und gehen anschliessend für jene wählen, die sie gebaut haben. Sie sagen «Massaker», aber stellen sich damit zufrieden, gemächlich gegen den Krieg zu marschieren (die italienischen Truppen beteiligen sich am Krieg im Irak), damit nichts passiert. Während in Milano, am 25. April 2005, eine gigantische Demonstration stattfand (der 60. Jahrestag der Befreiung), standen die Revoltierenden des Asylzentrums von Via Corelli auf den Dächern und schrien, der Widerstand sei nicht gebrochen. Doch die Rhetorik, die auf die «Befreiung» anspielte, vermochte die Demonstranten nicht zu berühren, sie feierten ihr Fest gelassen weiter.

Vielleicht ist sich etwas am verändern. Während die Propaganda des Staates den internen Feind – den Rebell, den «Terrorist» – mit dem Migrant gleichstellt – der Fanatiker, der Kamikaze –, bewaffnet sich der Widerstand und lässt die «Peripherie» in nächster Nähe hochgehen. Da wo die Armen die letzte Illusion über die Integration in diese Gesellschaft verbrennen. Junge Leute hören Lager, wenn sie CPT hören und als Reaktion organisieren sie sich: Als Fremde in einer fremden Welt. Sie sind dazu bereit, die Freiheit zusammen mit anderen zu erobern, selbst mit dem Risiko, ihre eigene beschränkte Freiheit aufs Spiel zu setzen. Sie hassen die Gitterstäbe so sehr, dass sie sie noch nicht mal den grössten Mistkerlen an den Hals wünschen (den viel zu zahlreichen Don Lodesertos). Diese Formen aktiver Unzufriedenheit, momentan noch auf etwas Distanz, sind aber jetzt bereits der Ansatz von etwas Gemeinschaftlichem. Das falsche Wort beginnt zu meutern und neue Handlungen befreien neue Worte, in der Realität des täglichen Lebens.

Lasst uns jene, die nicht drinnen geblieben sind, während andere durch den Sturm mitgezerrt wurden, nicht der Rache der Richter überlassen. In diesen traurigen und sklavenhaften Zeiten, gibt es eine Möglichkeit, die alle anderen enthält: sich für eine Seite zu entscheiden.

Noten:

1 Am 12. Juli 2007 werden vier dieser Gefährten für «kriminelle Vereinigung» verurteilt, mit Strafen von 1 Jahr und 10 Monaten bis zu 5 Jahren. Drei andere bekommen Bussen von 100 Euro oder 1 Jahr Gefängnis für spezifische Misstaten. Acht andere werden frei gesprochen. Die «subversive Vereinigung» wird daher nicht zum Vorteil einer noch komplexeren juristischen Montage angewandt.

WURDE
IST
VORBEREITET

„Die Existenz aller Ausschaffungsgefängnisse, dieser modernen Lager, ist unertragbar und untolerierbar. Ihre düstere Ausbreitung drängt uns dazu, ihre völlige Zerstörung zu wünschen und, auf konkrete Weise, unser bestes zu tun, damit dies auch geschieht.“